

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnement-Preis pränumerando:
 Vierteljahr 3,50 Mk., monatl. 1,10 Mk.,
 rochenweise 28 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf., Sonntags-
 Nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 abonnement: 3,50 Mark pro Quartal.
 Eingetragen in der Post-Zeitungs-
 Ordliste für 1900 unter Nr. 7971.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Erscheint täglich außer Montage.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsstelligen Nummern-
 zeilen oder deren Raum 40 Pf., für
 politische und gewerkschaftliche Vereins-
 und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf.,
 „kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.,
 (nur das erste Wort frei). Inserate für
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochen-
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
 Festtagen bis 5 Uhr vormittags geöffnet.
 Fernsprecher: Amt I, Nr. 1508.
 Telegramm-Adresse:
 „Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2. Dienstag, den 13. März 1900. Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

Quittung.

Im Monat Februar gingen bei dem Unterzeichneten folgende Parteibeiträge ein:
 Apolda, Gef. bei Reichmann, Silberne Hochzeit 5,10. Berlin, Beiträge der Wahlkreise: 2. Kreis 500,—, 3. Kreis 200,—, 4. Kreis (Osten) 1000,— (darunter Silberarbeiter der Firma Modgou 15,—, Ueberführung einer Kranzspende vom 158. Bezirk 10,—, Andreas W. 50,—), 4. Kreis (Südost) 1000,— (darunter Vierprozentige von „Wilmers“ Schriftgießerei 50,—, Müller u. Schlei gesch. auf Rosenthal „Urania“ 4,—), 5. Kreis 300,—, 6. Kreis Rosenfelder Vorstadt und Gröndbrunnen 700,—, 6. Kreis Wedding und Oranienburger Vorstadt 1700,— (darunter gesammelt bei Auszahlung der Dividende bei Gebr. Wg. 41,00, Vierprozentige v. Hartung 10,—), 6. Kreis Schönhauser Vorstadt 600,— (darunter alter Parteigenosse Buchholzerstraße 5,—, A. W. Witter 1,—, Buchdruckerei Schimmer 8,60, aus der Pappel-Allee 1,20, 6. Kreis Moabit 300,—, Berlin, diverse Beiträge: Konsum-Prozente von 7 Mitgliedern von Witz u. Genest 6,50, „Effe“ 20,—, Angem. Bremer der A. E. G. Kderstraße, 13,50, Alter Parteigenosse, Schönhauser Allee, 10,—, Reinholdenfelderstraße 7,—, Cigarettenfabrik von R. Schulze, Friedrichselderstr. 21, 5,—, Sechß Guttmacher, Königsstr. 25, 10,—, Dr. L. H. 50,—, P. S. 50,—, A. B. 50,—, Von Mitgliedern der U. Dr. 3,70, Roter Bund von E. R. und C. Alexandrinenstr. 27, 25,—, Gesammelt bei einer Geburtstagsf. bei Seidel zur Reichstagswahl 1900 5,20, Gesammelt bei einer Geburtstagsfeier am Ostbahnhof 1,20, R. G. 2,—, Von einem Solinger 1,—, Rote Vahnbinder, Grünstraße, 5,—, L. R. 2,—, Gutenberg 200,—, Breslau, vom socialdemokratischen Verein 50,—, Dem 50,—, Bamberg, Jäcklein Mohrbach 5,—, Burgsteinfurt, von Parteigenossen durch H. Feld 20,—, Coburg, durch Ch. W. 2,40, Elberfeld, noch für Löttau bestimmt gewesen, 3,—, Gallenberg (Oberpfälzer) 2,—, Fort I. 2,—, von Parteigenossen 200,—, Geringwald, durch den Vertrauensmann 31,—, Gera (Neub.), von den Parteigenossen 100,—, Greiz, Wahlk. Kreis 5,—, G. 50,—, Gelsenkirchen durch den Vertrauensmann 20,—, Glauchau, 17. sächsischen Reichstags-Wahlkreis 50,—, Gießen, E. A. 1, Quartal 1900 30,—, Gomburg-Uffingen, 1. wassaulischer Wahlkreis 50,—, Hamburg, Cigarettenfabrik von Franke, Rotharinenstraße 38, 56,—, Hastedt bei Bremen, v. Genossen 10,—, Hamburg, im Monat Februar in der Expedition des „Echo“ eingegangen 91,07, Hannover 1000,—, Hoffurt a. M., L. Richter 3,—, Kaitowitz, S. 2,—, Köpenick in Schl., durch d. Vertrauensmann 10,—, L. Dr. A. W. 10,—, Lodenburg, v. Vertr. W. G. 40,—, Lüdenscheid, v. socialdemokratischen Wahlkreis 50,—, Leipzig, 12. u. 13. sächsischer Reichstags-Wahlkreis 2000,—, Mannheim, von Parteigenossen 100,—, München, Waldläufer (darunter für Januar 5,—) 10,—, Reviere, von Mitgl. d. Gefang. „Vorwärts“ durch F. S. 8,60, Orlau, rote Hindiaufg., 2,20, Parahuit i. Schl., Ueberführung der Parteipresse durch W. J. 40,—, Schöned i. B., Parteibeitrag durch M. B. 2,50, Stettin, von den Parteigenossen durch A. R. 150,—, Spremberg, von Parteigenossen (dar. v. Heinrichseld 20,—) 50,—, Salungen, Volkverein 10,—, Thale, durch Rosenow zurück 5,—, Württemberg 100,—, Würzen, 11. sächsischer Reichstags-Wahlkreis 10,—, Z. S. 100,—, Z. P. 3 1200,—, Zwidau, 18. sächsischer Reichstags-Wahlkreis 200,—, Zeitz, Wahlkreis Zeitz-Weißenfels-Ramburg, durch den Kreis-Vertrauensmann 50,—.
 In der Quittung in Nr. 31 des „Vorwärts“ vom 7. Febr. d. J. muß es unter den Berliner diversen Beiträgen nicht heißen Gefangenenverein Liebeslust I, sondern Liebesfreiheit I.
 Berlin, den 9. März 1900.
 Für den Parteivorstand
 A. Gerich, Kaybachstr. 9.

Demokratie und Liberalismus begannen dies ihr Spiel 1892 gegen das Volksschulgesetz. Es gelang ihnen. Die Regierung zog es vor dieser angeleglichen „öffentlichen Meinung“ einer Widerheit im Volk zurück.
 Neulich war die Haltung der Regierung 1897 beim Vereins-gesetz. Dann kam die Erregung der „öffentlichen Meinung“ bei der Arbeitswilligen-Vorlage. Diese war entsprungen dem orbi et urbi verkündeten Willen Sr. Maj. des Königs, dem sich der Bundesrat angeschlossen hatte. Und wieder nahm die Regierung die hohobolle „Versicherung“ der Vorlage mit Gleich-mut hin, ja suchte durch das „bekannte kleine Geschenk“ die Opposition bei guter Laune zu erhalten. Nur bei der von der Mehrheit des Abgeordnetenhauses abgelehnten Kanalvorlage zeigte die Regierung „Energie“. Einige lokale Beamten abzu-legen, ist auch leichter, als der demokratisch-liberalen „Meinung“ zu widerstehen.
 Jetzt hat das Fleischschau-Gesetz die Mehrheit im Reichstag. Wieder sind es Einflüsse von unbecantvortlicher Seite, die sich für ihre Sonderinteressen geltend zu machen wissen, wieder wird die „öffentliche Meinung“ künstlich bearbeitet — und wieder ist — so scheint es — die Regierung entschlossen — diesem Appell sich zu fügen! — Wird es denn bei der „lex Heinze“ anders sein? Auch hier geht dasselbe Spiel los: Versammlungen mit wild übertriebenden, phrasenhaften Reden, direkter Appell an die Regierung, ja an Se. Majestät den König! Und wenn in wenigen Jahren die Handelsverträge kommen? Wie wird es erst dann werden? Die nach so manchen „Siegen“ selbstverleugert und sicherer geworden „öffentliche Meinung“ wird, so fürchten wir, wieder einschüchternd auf die leitenden Kreise einwirken.
 Wohin soll das schließlich führen? Erwüthet dies Treiben nicht lebhaft an die französische Revolution? Auch dort appetitierte die Opposition, wenn der König, das Ministerium, die Mehrheit der Kammer sich nicht gefügig genug zeigten, an die gebildeten prinzipiellen Revolutionäre der Klub, an das Volk da dranhin, an die Strafe. Glücke es dranhin nicht schnell genug, so drang man in die Kammer und — und dann ward es erreicht — selbst wenn es einige Köpfe kostete. — Discolo moniti — möchte man rufen, wenn man nicht wüthte, daß die Geschichte bei manchen nur dazu da ist, um nichts aus ihr zu lernen.
 Dem das hat sie unzweifelhaft gelehrt: eine Regierung, der nur das Großkapital imponiert und die keine innere Kraft besitzt, um die öffentliche Meinung zu verachten — ist gleich einem Haus, das auf Sand gebaut, und das jeder kommende Platzregen und die es stoßenden Winde zum „großen Fall“ bringen müssen!

Der selige Ludwig von Gerlach geht wieder in der „Kreuz-Zeitung“ um. Das revolutionäre Gespenst wird aus Pracht und Berg fabriziert und in blutrotem Gewande zur Schau gestellt, um zu ängstigen und — gefügig zu machen. Es ist das Gegenstück zur weißen Schloßfrau der Legende.
 Die „Kreuz-Zeitung“ spekuliert zugleich auf ein kaum vorstellbares Maß von Unkenntnis der geschichtlichen Thatfachen; sie muß glauben, daß die Regierung heute nicht mehr weiß, was sie gestern gewollt und gethan. Prüfen wir einmal die Vorzeichen der Revolution, wie sie die „Kreuz-Zeitung“ in lodrenden Phrasenschrift malt.
 Das Volksschulgesetz ist von der Regierung zurückgezogen worden, weil der — Kaiser es befohl. Das Vereinsgesetz ist von der Mehrheit des preussischen Abgeordnetenhauses abgelehnt worden; deshalb die Zuchtshausvorlage von der Mehrheit des Reichstags. Wenn die Regierung, statt einer den „Revolutionären“ sehr willkommenen Auflösung, sich bei dem Beschluß des Parlaments beruhigte, so befolgte sie damit im voraus die ihr jetzt wiederholt von konservativer Seite gegebene Lehre, sie habe sich dem Gebot der Mehrheit zu fügen. In der Kanalvorlage handelte es sich um eine Vorlage, die „dem orbi et urbi (aller Welt) verkündeten Willen Sr. Majestät des Königs“ entsprungen war. Es war das Junkertum, das revolutionierte, und es war die Regierung, die sich trotz des feierlich erklärten unbeugsamen Willens des Königs, dem Beschluß der Re-bellen unterwarf.
 In der Fleischschaufrage aber hat die „Kreuz-Zeitung“ die Wirklichkeit völlig auf den Kopf gestellt. Wieder ist es das Junkertum, das die Regierungsvorlage belämpft, das aus dem verständigen sanitären Schutzzweck einen Wechselbald agrarischer Unersättlichkeit und kerikalen Willkürigkeit geformt hat. Es sind die Umstürzler, die allein die Regierungsvorlage verteidigen, und es sind die Konservativen, die der Regierung anstehen, zu Gunsten der „öffentlichen Meinung“ des Agrariertums zu capitulieren, ihre eigene Vorlage im Stich zu lassen und sich der Parlamentsherrschschaft zu unterwerfen.
 Gleichermassen sieht es mit der lex Heinze. Wieder sind es nicht Maßnahmen der Regierung, sondern Beschlässe der reaktionären Mehrheit, welche dem Bundesrat von den konservativen Thronisären ausgezwungen werden sollen. Und wenn die „Kreuz-Ztg.“ endlich dräuend an die Handelsverträge erinnert, so sei ins Gedächtnis zurückgerufen, daß es wiederum die Agrarier waren, die gegen die feierlich beschlossenen Verträge die „öffentliche Meinung“ aufregten, die in den Epsilonen leidenschaftlicher Agitation die Massen dazu anforderten, mit dem Säbort in der Hand, wenn es sein mußte, die Verträge anzuführen, die der Kaiser als „rettende That“ bezeichnete.
 Dergestalt also haben sich in Wirklichkeit die Dinge seit Bismarcks Sturz entwickelt. Nicht die öffentliche Meinung hat Erfolge gegen die Regierung erzielt, sondern das Agrariertum hat die Autorität der Regierung mit wachsender Energie und mit großem Erfolg unter-wühlt. Das Junkertum und seine Gefolgschaft rebellierte gegen Kaiser und Regierung, die Konservativen organisierten die „öffentliche Meinung“ der Landbevölkerung gegen die herrschende Politik. Und weil ihnen diese Revolutionsversuche nicht glückten, darum demüthigte man jetzt die andern des Umsturzes, die doch zumeist die Pläne der Regierung förderten.

Die Regierung gerade in der Fleischschaufrage von der Warnung der „Kreuz-Zeitung“ vor der Unterwerfung unter das Votum der „öffentlichen Meinung“ beeinflusst, so müßte sie zu ihrer Vorlage stehen und alle Konzeptionen an die Reichstagsmehrheit ablehnen. Zudem die „Kreuz-Zeitung“ die Regierung anlagt, daß sie sich dem Lärm der Straße unterwerfe, stellt sie an sie die Forderung, sich „der Straße“ preiszugeben. Die Proklamierung der absoluten Parlements-herrschaft ist für das konservative Organ jetzt eine Autoritätsstärkung der — Regierung.
 Aber wozu spielt die „Kreuz-Zeitung“ diese Karrenkomödie der verkehrten Welt? Steht es wirklich so schlimm in den leitenden Kreisen, daß sie sich mit solchen Wahrheit und Vernunft verhöhrenden Gaukeleien eine Wirkung versprechen darf?
 Es würde vieles in unsern Inhäuten verständlich werden, wenn der Artikel der „Kreuz-Zeitung“ als eine kluge Spekulation nicht als ein aufgeregter Unsin aufzufassen sein sollte. —

Aus England.

London, den 8. März.
 Die britischen Steuerzahler sollen nunmehr die Kostenrechnung für den südafrikanischen Krieg vorgelegt bekommen, von den Kosten an Leben und Gesundheit, die der Krieg verursacht hat, ganz abgesehen. Einen Fehlbetrag von rund 1200 Millionen Mark gilt es zu decken, und „zählt, zählt, zählt!“ wie es im Liede Rudyard Kiplings zu Gunsten der Familien der nach Afrika gefandten Soldaten heißt, ist jetzt die Devise.
 Die schon gemeldeten Vorschläge des Schatzkanzlers Hids-Beach über die Deckung des Fehlbetrags werden von der bürgerlichen Presse im ganzen günstig beurteilt. Selbst die Linkradikalen finden verhältnismäßig wenig an ihnen auszusetzen. Rund eine Viertel-Milliarde wird durch erhöhte Steuern gedeckt werden, gegen hundert Millionen Mark durch Unterbrechung der Einzahlungen in den Tilgungsfonds, und der Rest, etwa 800 Millionen Mark, soll durch eine binnen zehn Jahren rückzahlbare Anleihe aufgebracht werden.
 Wie unvorhergesehen eingestanden wurde, hofft man allgemein, daß dieser letztgenannte Betrag ganz oder zum großen Teil der Transvaal-Republik als Kriegsschuldigung wird auferlegt werden können. Das heißt mit andren Worten, daß die Goldminen ihn zu bezahlen haben werden. Denn andre Mittel als die aus dem Minenbezirk herauszuschlagenden kommen in Transvaal nicht in Betracht.
 Die in England aufzubringenden Beträge werden zu gleichen Teilen zwischen indirekten und direkten Steuern verteilt. Die letzteren werden von 3/5 Proz., der jetzigen Höhe, auf 5 Proz., d. h. um die Hälfte, erhöht, Tabak und Branntwein sollen je 20, Bier und Thee je 85 Millionen Mark mehr als bisher aufbringen.
 Wie immer bei derartigen Steuervorschlägen, ward sofort per Resolution im Prinzip über sie abgestimmt, um zu verhindern, daß die Interessenten größere Massen der betreffenden Artikel zu den alten Sätzen einführen. Aber die Ahnung der Dinge, die da kommen sollten, hatte in den letzten Tagen wahre Stürme auf die Zollämter zur Folge gehabt. Wer irgend konnte, suchte von den unter Zoll-verpflichtung lagernden Artikeln zur alten Steuer heraus zu bekommen, was nur möglich. Das Londoner Zollamt war am letzten Montag gepackt voll, und es war eine Scene von jenseitiger Ironie, wie dieselben Kaufleute, die gekommen waren, dem Fiskus ein Schnippen zu schlagen, sich die in drangvoll fürchterlicher Enge zugebrachte Zeit mit dem Wüsten patriotischer Lieder verletzten und den Finanz-minister anpöbelten, als dieser dem Zollamt einen Besuch abstattete. Ja, als die Zollbeamten am Nachmittag Schluß machten und erklärten, kein Geld mehr anzunehmen, ertönte nach einigen Protesten das God save the Queen.
 Nicht weniger als zehn Millionen Mark wurden am Montag am Zollamt in London eingezahlt, nachdem schon am Samstag gegen 6 Millionen eingezahlt worden waren. Ähnlich in Liverpool, Glasgow, Hull &c. Der moderne Patriotismus verträgt sich vortrefflich mit Steuerumgehung.
 Weitläufig haben einige schungöllnerisch gesinnte Blätter auch für eine mögliche Einfuhrsteuer auf Getreide die Stimmung zu machen gesucht, aber daran wagt sich selbst ein so eingeseichter Tory wie der derzeitige Schatzkanzler nicht heran. —
 Nun sich auf dem Kriegsschauplatz die Dinge erheblich zu Gunsten Englands gewendet, erheben Blätter wie die „Times“, „Daily Mail“ &c. immer lauter ihre Stimme für die Annexion der beiden Voeren-Republiken. Nur die Annexion bezw. die Einverleibung in den britischen Reichsverband löste den Frieden in Südafrika verbürgen. Um so auffällender ist es, daß Mr. Hawksley, der vielgenannte Anwalt der Südafrika-Gesellschaft, vorgehen im Londoner Eighty-Klub sich sehr entschieden gegen jede Annexion aus-spricht und im Gegentheil die völlige Unabhängigkeit der Voeren-staaten als die einzige Lösung des südafrikanischen Problems bezeichnete. Mr. Hawksley, der liberaler Parteimann ist, mag damit nur seine persönliche Meinung angeprochen haben, insofern ist es doch merkwürdig genug, daß der Vertrauensmann des Rhodes es plötzlich für angebracht hält, öffentlich gegen die Annexion Front zu machen. Das Londoner Hauptorgan der Voeren-freunde, der radikale „Morning Leader“, meint in seiner Freude über die Rede Hawksleys, Rhodes sei unglück-weise als weltbildender Geschäftsmann zur Einsicht gekommen, daß es für seine Unternehmungen einträglichler sei, wenn die Voeren in irgend einer Weise zufriedengestellt, als wenn sie durch Annexion zu unablässiger Rebellion angestachelt würden.
 Die Regierung ist etwas läsa, aber wenn man sich erinnert, daß Rhodes schon einmal mit den Separatisten in Südafrika gegen die Reichsregierung isoliert war, und daß die wahr-echten Rhodesianer dem Minister Chamberlain wegen der von diesem erzwungenen Umformung der Südafrika-Gesellschaft seit langem ähnten, darf man von dieser Seite auf alles mögliche gefaßt sein. Die Spekulant um Rhodes haben es zwar ganz gern gesehen, daß die Reichsregierung, als die Sachen bedenklich lagen, für sie ins Zeug ging, von ihrer Kontrolle wollen sie aber nichts wissen. So lange es sich auf dem Kriegsschauplatz um Ein-oder Nichtsein handelte, hielten sie nämlich den Mund und über-ließen das Woltern den Stead und Konforten. Je mehr aber die Reichstruppen vordringen, um so härter differenzieren sich diese

Fleischsperrre oder Revolution!

Die Agrarier läuten die Stürmglocken. Die große Wichtigkeit, die sie ihren Fleischschau-Beschlüssen, als dem Strich für die Handels-verträge, beilegen, dröhnt in den Kundgebungen der agrarischen Presse ohrtäubend wieder. Wie in den Tagen der Kanalkrisis die Offiziösen den Konservativen die fürchterlichen Drohhomben an die stürzenden Köpfe warfen, so überbieten sich jetzt die Konser-vativen in wilden Einschüchterungsreden wider die Regie-rung, die zwar den Agrariern so weit entgegenkommt, wie es nur irgend geht, die aber das Unmögliche eben doch nicht zu gewähren vermag. Die Regierung kann sich nicht schon jetzt ihre Hände für die Handelsvertrags-Verhandlungen inebeln, sie kann nicht durch einen Zollkrieg mit Amerika die Industrie er-zümen, sie kann nicht den Handel in dem Augenblick ohreigen, wo sie zu seinem Schutz in holdseligen Minneliedern sechs Milliarden verlangt. Auch die Virtuosen des Jizadurales können das Kunst-stück nicht fertig bringen, in dem gleichen Augenblick nach links und rechts zu rasieren.
 Am rasendsten geberdet sich die „Kreuz-Zeitung“, die sonst, von verfeuertem Temperament, die Dinge dieser und jener Welt mit Gelassenheit zu ertörten pflegt. Sie hat sich bei ihren alten Jahrgängen aus der Kamarillazzeit Friedrich Wilhelms IV. Kraft, Taktik und Stimmung geholt, und verkündet die — Re-volution, für den Fall, daß auch fürderhin Böckelsfleisch aus Amerika eingeführt werden würde. Der Artikel der „Kreuz-Zeitung“ ist in seiner Art wichtig; denn er berührt offenbar auf psychologischen Berechnungen und auf intimen Erfahrungen, wie bei uns die Re-gierung beeinflusst werden kann. Der Artikel ist, so blödsinnig er ist, geschrieben, um an einflussreichen Stellen gelesen zu werden und zu wirken.
 Das Blatt erwähnt den Proteststurm der öffentlichen Meinung gegen die Fleischschau-Beschlüsse und fragt dann:
 „Ob dieser Appell der „öffentlichen Meinung“... sein Ziel erreichen wird? Wir hoffen es nicht, aber wir fürchten es. Die Erfahrung seit dem Zurücktritt des Fürsten Bismarck spricht dafür. Jhn hat der Enrichstungsummel der „öffentlichen Meinung“ selbst zu Zeiten kalt entschlossen gefunden, wo er in der Volksvertretung nur ganz kleine Minoritäten für sich hatte. Jetzt drängt die Regierung sich vor ihm, selbst wenn die Mehrheit auf ihrer Seite ist.“

Die Agrarier läuten die Stürmglocken. Die große Wichtigkeit, die sie ihren Fleischschau-Beschlüssen, als dem Strich für die Handels-verträge, beilegen, dröhnt in den Kundgebungen der agrarischen Presse ohrtäubend wieder. Wie in den Tagen der Kanalkrisis die Offiziösen den Konservativen die fürchterlichen Drohhomben an die stürzenden Köpfe warfen, so überbieten sich jetzt die Konser-vativen in wilden Einschüchterungsreden wider die Regie-rung, die zwar den Agrariern so weit entgegenkommt, wie es nur irgend geht, die aber das Unmögliche eben doch nicht zu gewähren vermag. Die Regierung kann sich nicht schon jetzt ihre Hände für die Handelsvertrags-Verhandlungen inebeln, sie kann nicht durch einen Zollkrieg mit Amerika die Industrie er-zümen, sie kann nicht den Handel in dem Augenblick ohreigen, wo sie zu seinem Schutz in holdseligen Minneliedern sechs Milliarden verlangt. Auch die Virtuosen des Jizadurales können das Kunst-stück nicht fertig bringen, in dem gleichen Augenblick nach links und rechts zu rasieren.
 Am rasendsten geberdet sich die „Kreuz-Zeitung“, die sonst, von verfeuertem Temperament, die Dinge dieser und jener Welt mit Gelassenheit zu ertörten pflegt. Sie hat sich bei ihren alten Jahrgängen aus der Kamarillazzeit Friedrich Wilhelms IV. Kraft, Taktik und Stimmung geholt, und verkündet die — Re-volution, für den Fall, daß auch fürderhin Böckelsfleisch aus Amerika eingeführt werden würde. Der Artikel der „Kreuz-Zeitung“ ist in seiner Art wichtig; denn er berührt offenbar auf psychologischen Berechnungen und auf intimen Erfahrungen, wie bei uns die Re-gierung beeinflusst werden kann. Der Artikel ist, so blödsinnig er ist, geschrieben, um an einflussreichen Stellen gelesen zu werden und zu wirken.
 Das Blatt erwähnt den Proteststurm der öffentlichen Meinung gegen die Fleischschau-Beschlüsse und fragt dann:
 „Ob dieser Appell der „öffentlichen Meinung“... sein Ziel erreichen wird? Wir hoffen es nicht, aber wir fürchten es. Die Erfahrung seit dem Zurücktritt des Fürsten Bismarck spricht dafür. Jhn hat der Enrichstungsummel der „öffentlichen Meinung“ selbst zu Zeiten kalt entschlossen gefunden, wo er in der Volksvertretung nur ganz kleine Minoritäten für sich hatte. Jetzt drängt die Regierung sich vor ihm, selbst wenn die Mehrheit auf ihrer Seite ist.“

Gruppen von den eigentlichen Reichspolitikern. Es lassen sich in der Presse, die dem Kernstehenden als eine jugendliche Masse erscheint, sehr verschiedene Strömungen unterscheiden. Man muß sich aus dem halben hüten, Beurteilungen von dieser Seite als Regierungsäußerungen aufzufassen. Vornehmlich kommen in dem einen oder anderen Blatt einmal die Ansichten eines bestimmten Ministers zum Ausdruck, wie etwa im „Standard“ gelegentlich die Lord Salisbury's oder in der „Birmingham Daily Post“ die Chamberlains. Das das Ministerium noch zu keinem bestimmten Beschluß über die Lösung im Transvaal gekommen ist, geht aus einem verzeuften Artikel hervor, den das konservative „Globe“ heute aus Anlaß des Aufstands der Kapboeren bringt. Es beschwört das Ministerium, endlich mit der Sprache herauszutreten und offen zu erklären, daß es zur Annexion entschlossen sei. Das werde die Engländer zumutigen und die Freunde anerkennen. Das unheimliche Schweigen aber verleihe die Welt zu dem Glauben, daß die Minister vor dieser einzigen Lösung zurückzusehen und irgend eine schwächliche Alternative planten. Und das Blatt droht, daß, falls das Ministerium solchen schwächlichen Verrat begeht, der den Anfang vom Ende des Reichs bedeute, das Land es ihm bitter heimzahlen werde.

Man kann aus dieser gereizten Drohung schließen, daß hinter den Coullissen irgend ein Kompromiß im Werke ist. Vielleicht hat die heute erfolgte Ueberweisung der Königin nach London damit etwas zu thun.

Die Verfügung der Königin, daß die irischen Soldaten zur Erinnerung an die Tapferkeit ihrer Landsleute im asiatischen Feldzug jährlich am St. Patrickstag den irischen Shamrock (Steinklee) als Abzeichen tragen sollen, ist ein bemerkenswertes Zeichen der Zeit und ein außerordentlich kluges Stück Ingegnung aus das nationale Empfinden der Irländer, das übrigens längst schon nur bei einer kleinen extremen Gruppe zugleich antinational war. Die von Bannell gegründete Gomerule-Partei bekannte sich stets als dynastisch. Das Shamrock-Abzeichen war ein solches Zeichen der Rebellion, und konnte seinem Träger das Leben kosten.

They are hanging men and Women for the wearing of the Green“ wie es in dem melodischen irischen Volksgesang heißt. Noch vor wenigen Jahren wurden irische Soldaten, die am St. Patrickstag den Shamrock trugen, in Ordnungstrafe genommen. Durch die Verfügung der Königin wird dem Abzeichen jeder revolutionäre Charakter entzogen, aber zugleich wird das Selbstgefühl der Irländer gehoben, und diejenigen Blätter haben wahrscheinlich nicht unrecht, welche die Verfügung und die gleichzeitige Ankündigung eines Besuchs der Königin in Irland mit der erfolgten Einigung der irischen Nationalpartei in Verbindung bringen. Je schwieriger sich die Position Englands auf der Weltbühne gestaltet, um so gebieterischer die Notwendigkeit, die Völker dabei in einigster Stimmung zu erhalten. Bei der großen Empfindlichkeit der Irländer für politische Aufmerksamkeiten konnte die alte Victoria kaum einen geliebteren Streich thun, als sie mit dieser Verfügung gethan. Will man Vergleiche anstellen, so nehme man an, der König von Preußen habe der Berliner Stadtverordneten-Versammlung den Bau eines Pantheons an Friedrichshain aus Staatsmitteln vorgeeschlagen.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 12. März.

Der Reichstag

erledigte am Montag neben einigen belanglosen Gegenständen in zweiter Lesung das Münzgesetz, doch setzte er die Abstimmung über die einzelnen Artikel aus, da das Haus nur schwach besetzt war, und Abg. v. Kardorff gleich zu Beginn der Beratung mit Auszahlung gedroht hatte. Der Abgeordnete Trendl, der nebenbei die paar anwesenden Mitglieder des Hauses mit seinen dimetallischen Ausführungen anredete, hätte die Beschlußfähigkeit des Hauses gar zu gern bemüht, um Obstruktionsspektakel zu treiben. Aber er benahm sich bei diesem Versuch so ungeschickt, daß er nicht einmal die einzige Gelegenheit, wo er hätte wirksam einschreiten können, wahrnahm; zum Winkeln seines Verstandes kam daher noch der Spott wegen seiner Ungeschicklichkeit. Sachlich wichtige Debatten wurden nicht geführt, da über die Kommissionsbeschlüsse bei allen Parteien, mit Ausnahme der rechten Seite, wesentliche Einigkeit herrschte; nur die Abg. Trendl, Kardorff, Dr. Hahn ergingen sich in Angriffen gegen die Münzpolitik, die Goldwährung und die Reichsbankleitung, die leider dadurch immer noch gefährdet werden, daß der Reichsbankpräsident Dr. Koch sich jedesmal zur Entgegnung von den Agrariern herauslocken läßt, anstatt einfach diese Herren reden zu lassen, was sie wollen. Von unserer Seite beteiligte sich Genosse Dr. Schoenlank an der Debatte. — Dienstag lex Heinze in dritter Lesung.

Im preussischen Abgeordnetenhause

führte am Montag die Fortsetzung der Beratung des Kultus-Etats in eine förmliche Gedankenprobe hinein. Am Sonnabend hatte man sich über die Vorzüge humanistischer oder realistischer Bildung gestritten, und der geistige Aufwand, der dabei getrieben worden, war wirklich sehr gering gewesen. Heute aber wurden die breiten Parteilappen von neuem aufgewirmt und aufgeschüttelt. Der einzige, der etwas Neues sagte, war der nationalliberale Fortschrittler Krawinkel. Schade nur, daß es falsch war. In seinem Eifer für realistische Bildung behauptete der rheinische Industrielle nämlich, wenn der Osten sich intellektuell nicht so entwickelt hätte, wie der Westen, so sei der Grund nur der, daß es im Osten zu viel Gymnasien und zu wenig realistische Bildungsanstalten gäbe. — Neben dieser Debatte ging die Erörterung lokaler Wünsche in breiter Weise einher. Von der Ueberfüllung des Mariengymnasiums in Posen wühlte ein polnischer Redner eine geschlagene halbe Stunde zu sprechen. Ebenso wurde über das Gymnasium in der Weltstadt Gory an der Oder mindestens eine halbe Stunde lang verhandelt. Die feierlichen Debatten hierüber wurden abgelöst durch Erörterungen über die Gehaltsverhältnisse der Zeichenlehrer an den höheren Lehranstalten. Es kam nichts dabei heraus. Ein Antrag Kropatsch auf Verbesserung der Zeichenlehrer und Vorschullehrer wurde an die Budgetkommission verwiesen. Die Verhandlungen wurden in einer Abend Sitzung fortgesetzt.

Lex Heinze-Kompromiß. Am Montag empfing der Reichszentralrat in Gegenwart des Staatssekretärs des Reichs-Justizamts eine Anzahl Vertreter von Kunst und Wissenschaft, welche um Anwendung der Kunstgesetze, die aus der lex Heinze drohen, ersuchten. Es waren erschienen A. v. Menzel, Mommsen, Wegas, Eberlein, Sandersmann, L'Arronge. Die Herren der Regierung versuchten es so darzustellen, als ob in den Künstlerkreisen Befürchtungen gehegt würden, die auf Mißverständnis der betreffenden Bestimmungen des Gesetzentwurfs beruhten. Die erschienenen Künstler und Wissenschaftler erklärten jedoch mit Recht, die Befürchtung sei nicht zu unterdrücken, daß die Fassung der vorgelegenen Bestimmungen zu einer gefährlichen Willkür in den Kreisen der unteren Polizei-Organe führen und von den Gerichten anders ausgelegt werden könne, als die Regierung sie verstanden wissen wolle.

Der Reichszentralrat meinte darauf, es sei weder seine Absicht noch die Absicht der verbandelten Regierungen, der künstlerischen und wissenschaftlichen Thätigkeit hemmende Schranken zu setzen. In dem sogenannten Theaterparagrafen wurde erklärt, daß die Regierung den in zweiter Lesung vom Reichstag gefaßten Beschluß für unannehmbar halte, in Betreff der von den Parteien in Aussicht genommenen neuen Vorschläge aber sich noch nicht zu äußern vermöge, da diese Vorschläge von den Parteien noch nicht vorgelegt seien.

Beim Schluß der Unterhaltung hat Herr Prof. Mommsen den Herrn Reichszentralrat um seinen und der verbandelten Regierungen Schutz gegen etwaige Uebergriffe der Gesetzgebung auf dem so außerordentlich feinfühligsten Gebiete der Literatur und Kunst.

Der Reichszentralrat sagte diesen Schutz herbeiwünscht zu, bemerkte aber, daß die Regierung nicht lediglich auf die Anschauungen in den von den anwesenden Herren vertretenen Kreisen Rücksicht nehmen könne, sondern sich auch erinnern müßte, daß solche Ansichten des Volks von anderen und zum Teil von entgegengelegten Empfindungen geleitet würden, die ebenfalls Anspruch auf amtliche Beachtung erheben. Die Aufgabe der Gesetzgebung sei es, hier die richtige Mitte zu halten, ohne in Extreme zu verfallen.

Der Reichszentralrat, der hier Schutz für die Ausübung künstlerischer und wissenschaftlicher Thätigkeit verspricht, ist derselbe, dessen Unterschrift unter der Pamphle wider den Privatdozenten Dr. Kron's geschrieben steht. Offenbar ist Herr Hofenlohe der Meinung, daß er in der Wahrung der Unabhängigkeit der Gelehrten gegenüber politischer Bevormundung „die richtige Mitte“ innegehalten hat.

Wenn der Reichszentralrat von der nötigen Rücksichtnahme auf „weite Schichten des Volks“ spricht, die über das, was anständig ist, entgegengesetzt empfinden als die Künstler und Gelehrten, so irrt er sich. Nicht das Volk, ganz gewiß nicht das vielfach leichtgläubig-naive Volk der katholischen Landestheile, verlangt nach der ästhetischen und heidnischen Verfallung des Lebens, wie sie die lex Heinze anstrebt, sondern das Mädel- und Dunkelwämmertum, das mit neuen Paragrafen die freie und ungeschminkte Darstellung des Lebens verhindern will.

Winnen kurzum wird sich zeigen, ob die Regierung diesen Verfehlungen irgend welchen wesentlichen Widerstand entgegenzusetzen wird oder ob — was wir fürchten — das Kompromiß, das die Regierung schließen will, den Obstruktionswünschen völliges Genüge bereiten wird.

Deutsches Reich.

Eine Tauschade im Fall Kron's. Der Berliner Gewerksmann des „Hamb. Korresp.“ tritt nunmehr den Mühen an. Er giebt die Behauptung, daß Genosse Kron's, entgegen seiner Versicherung, doch nach Einleitung des Disziplinarverfahrens sich agitatorisch bewegt habe, völlig preis. Er behauptet nur noch, daß das von Kron's bestrittene Vorwissen — Ausbringen eines Hochs auf die „revolutionäre“ Socialdemokratie — „für die Erwägungen einiger Minister eine Rolle gespielt hat.“

Dies mag sein. Damit ist aber bewiesen, und der „Hamb. Korrespondent“ verfolgt offenbar die Absicht, auf diese geheimnisvolle Tauschade aufmerksam zu machen, daß, wie wir von vornherein annahmen, ein Lügenpiegel sein Spiel im Werke hatte, daß dem Ministerium unwarere Berichte, die es gläubig aufnahm, zugebracht worden sind. Außerdem geht aus der Enthüllung des Hamburger Blattes hervor, daß „einige Minister“ das moralische Bedürfnis empfinden, ihre Mitschuld an dem Aechgericht wenigstens abzuschwächen.

Noten oder Weizen? Des Staatssekretärs Posadowsky natürliche Verfassung erinnert an das Glas der Landrathsherrin, das, je nach Wunsch des Publikums, roten oder weißen Wein spendet. Gleichwohl giebt er auch bei Posadowsky keine Hexerei.

Der „Hamb. Korresp.“ wird aus Berlin zu den Reichstags-Beratungen geschrieben: So Graf Posadowsky vor 24 oder vor 48 Stunden dieselbe Rede hielt, die er jetzt gehalten, sei zu bezweifeln. Ihm ist in ziemlich vorgerückter Stunde ein vollkommen klar geworden, welchen Einfluß die Annahme der Kommissionsbeschlüsse auf die weiteren Handelsverträge haben werde.

Darum hielt er auch die tiefseid agrarische Rede gegen die agrarischen Beschlüsse.

Miauel der Ewig. Wie eine Montagzeitung berichtet, hat der Kaiser Herrin v. Miauel nach seiner Genehmigung ein Hand-schreiben zugehen lassen, in dem der Monarch der Hoffnung Ausdruck gab, daß die Kräfte des hochverdienten Staatsmanns noch lange dem Staat und dem Reich erhalten bleiben mögen. Jedenfalls sei der Kaiser gewillt, allen Wünschen des Ministers, die dessen völlige Wiederherstellung und Kräftigung betreffen könnten, im vollsten Maße Rechnung zu tragen.

Wenn dies trotz der Kanalvorlage geschehen ist, so möchte man es für möglich halten, daß Herrin Miauel das Wunder gelingt, bis an sein seliges Ende, Minister zu bleiben.

Mit einem nicht üblen politischen Scherz wartete am Montag früh das „Berl. Tagebl.“ an, indem es eine Rede des Kaisers an den Landwirtschaftsrat abdruckte, als sei sie worden gehalten worden, während sie thatsächlich schon vor fünf Jahren gehalten worden ist. Die Erinnerung an diese Rede hat allerdings einen eigenen Reiz, denn sie bedeutete eine Stellungnahme des Kaisers gegen die „großen Mittel“ der Agrarier, deren Uebermuth seitdem derart gewachsen ist, daß die Regierung jetzt kaum noch ernstlichen Widerstand wagt.

Mehrere Blätter sind auf den Scherz des „Berl. Tagebl.“ hineingefallen.

Der deutsche Landwirtschaftsrat hat an den Kaiser ein Telegramm gerichtet, in dem er ihm erklärt, daß der dem Deutschen Reichstage vorliegende Entwurf eines Gesetzes zur Regelung der Fleischbeschau, wie derselbe in dessen Kommission gestaltet worden ist, nach einstimmigem Beschlusse des deutschen Landwirtschaftsrats dem wahren Interesse des gesamten deutschen Volks, insbesondere auch der arbeitenden Klasse desselben entspricht und wirksam dazu beitragen wird, arge Mängel im Verkehr mit einem der wichtigsten Nahrungsmittel zu beseitigen und die schwer um ihr Dasein kämpfende deutsche Landwirtschaft gegen einen unlauteren Wettbewerb des Auslandes zu schützen.

Die „Kreuz-Zeitung“ bucht in ihrem neuesten Leitartikel einen solchen Appell an den Monarchen unter die Vorzeichen — der Revolution.

Die grüne Phalange. Wir hatten in unserer Sonntagsnummer geschrieben:

Die Entwicklung Deutschlands als eines Industrie-Exportstaats bedingt, daß zur Erzielung von Handelsverträgen, die der Industrie günstig sind, Kompensationen auf dem Gebiet der Lebensmittel-Einfuhr gemacht werden müssen.

Dazu bemerkt die „Konf. Korresp.“: „Diese Amdgebung wird zwar auf der Seite der bürgerlichen Linien hohe Genugthuung hervorbringen, aber sie wird auch den Landwirten zeigen, daß ihre ganze Existenz von der roten Phalange bedroht ist und daß es für alle Landwirte heißt, fest und treu zusammenzuhalten gegen die Riese, wenn sie nicht für die Interessen des Exporthandels und der Exportindustrie aufgeopfert werden sollen.“

Daß wir die Großgrundbesitzer bedrohen, ist unsre Aufgabe und Pflicht. Aber die Landwirte sind nicht ausschließlich Junker und Großgrundbesitzer. Der derzeitige Reichszentralrat, Herr Hofenlohe, hat im Reichstag die Zahl der Landwirte, die kein Getreide verkaufen — zu niedrig — auf 76 Proz. geschätzt; und diese 76 Proz. haben deshalb kein Interesse an Getreidebörsen, sie gehören zum Proletariat.

Amerikanische Gegenmaßnahmen. Aus den Vereinigten Staaten kommen Meldungen von den geplanten Depressalien gegen die deutsche Fleischspeere. Regierungenstreife in Washington haben die Maßregeln erörtert, welche zu ergreifen seien, um die amerikanischen Interessen zu wahren für den Fall, daß das dem deutschen Reichstag vorliegende Fleischbeschau-Gesetz in der gegenwärtigen Form zur Annahme

gelangt. Diese Kreise beabsichtigen, gesetzgeberische Maßnahmen vorzuschlagen, durch welche erhebliche Differentialabgaben auf die Seifahrt derjenigen Länder gelegt werden sollen, welche der Einfuhr amerikanischer Erzeugnisse unbillige Erleichterungen bereiten.

Die „Frankf. Ztg.“ meldet aus New York: Die Blätter besprechen die deutsche Fleischbeschau-Vorlage und verlangen Maßregeln gegen die deutsche Seifahrt und den Juderimport. In Washington liegt die Stimmung des Kongresses zu Gunsten der Anwendung von Depressalien.

Die Depressalien werden sich erübrigen, da der Bundesrat den agrarischen Forderungen seine Zustimmung verweigern muß und verlagern wird.

Redacteur, Schriftsetzer und Drucker bestraft. (Eig. Ber.) Wegen Beleidigung eines Unteroffiziers hatten sich vor der Strafkammer in Essen der Redacteur der „Votroper Zeitung“, zwei Schriftsetzer und der Druckergehülfe zu verantworten. Die Angeklagten hatten eine Zeitung redigirt resp. gesetzt und gedruckt, die einen Artikel enthielt, durch welchen sich der Unteroffizier Abänder von der 1. Eskadron des 1. Westf. Infanterie-Regiments beleidigt fühlte. Der Artikel schilderte Vorgänge bei der Einquartierung im Herbst 3 in Votrop. Besonders hatte der Unteroffizier durch sein Auftreten vielfach Unwillen erregt. Sehr Straftat hatte zur Folge, daß nicht nur der Redacteur der betreffenden Zeitung, sondern auch die Säger und der Drucker unter Anklage gestellt wurden. Das Gericht erkannte denn auch alle 4 Angeklagte gleich schuldig, wiewohl sie erlitten dieselben die gleiche Strafe, nämlich je 20 M. Auch wurde dem beleidigten Unteroffizier der Recht anerkannt, den Tenor des Erkenntnisses in der „Votroper Ztg.“ zu veröffentlichen.

Dresden, 9. März. (Eig. Ber.) Landtag. In der Zweiten Kammer gab es anläßlich der Erledigung einiger Kapitel des Kultus-Etats eine lange Debatte über die Frage der Stellung der Socialdemokratie zur Religion. Den Anlaß dazu gab die Forderung des konservativen Justizrats und Nittergutsbesizers Opitz, aus Veranschaulichung der Kirche für den christlich-moralischen Staat eine — Erhöhung der Tagelöhner für die Mitglieder der Landessynode in den Etat aufzunehmen. Herr Opitz ist selbst noch Mitglied der Landessynode! Derselben sollen, weil diese Körperschaft nach den Behauptungen des nationalliberalen Abg. Niehamme gleichen Wert für den Staat haben, wie der Landtag, deshalb bezüglich der Diäten mit diesem gleichgestellt werden. Abg. Frähdorf verwahrte sich gegen diesen Vergleich, dabei den programmatischen Standpunkt der Socialdemokratie zur Kirche und die konsequente Ablehnung kirchlicher Forderungen begünstigend. Diese rein sachlichen Ausführungen hatten nun noch ein paar Religionsreden des Staatssekretärs Opitz gegen die Socialdemokratie loder gemacht. Diese holte ihren Programm in der Praxis nicht aufrecht und trete freilich der christlichen Kirche direkt hinderlich gegenüber. Den Beweis für seine Behauptung will der Herr in den Behauptungen einzelner Personen, in der socialdemokratischen Presse, speciell in der belletristischen Zeitschrift des „Vorwärts“ gefunden haben. Genossen Frähdorf war es ein Leichtes, alle diese alten Lahnwörter in das rechte Licht zu stellen. Die vier socialdemokratischen Abgeordneten stimmten natürlich gegen die kirchlichen Forderungen.

Der unverantwortliche Offizier. Aus Straßburg i. E. wird uns geschrieben: Durch die Privatbeleidigungssklage, welche der eifrigste Herrliche Reichstags-Abgeordnete Adolph Wetterle gegen die amtliche „Straßburger Korrespondenz“ angestrichen beabsichtigt, ist man insofern auf eine preßgesetzliche Absonderlichkeit aufmerksam geworden, als sich herausstellte, daß das offizielle Organ der preussischen Diktaturregierung seit einiger Zeit nicht mehr verantwortlich gerechnet ist, wie das früher der Fall war. Diese Veränderung scheint veranlaßt worden zu sein durch den § 12 dieses seit Ende 1868 auch für Straf-Verordnungen geltenden Reichs-Preßgesetzes, der bestimmt, daß die im § 7 vorgeschriebene Angabe eines verantwortlichen Redacteurs keine Anwendung finde auf periodische Druckschriften, die von einer staatlichen Behörde ausgehen, soweit sich der Inhalt dieser Druckschriften auf amtliche Mitteilungen beschränkt. Nun hat sich aber die den Gegenstand der Wetterle'schen Privatklage bildende Anklage der „Straßburger Korrespondenz“ nicht etwa mit der amtlichen Nichtigstellung materieller Unrichtigkeiten in der Reichstagsrede des Abgeordneten von Rappoltsweiler begnügt, daran vielmehr in rein subjektiver und durch aus unschuldiger Weise den Vorwurf des Verstoßes einer Verletzung des Reichstags gelüpft, durch den sich der Abgeordnete Wetterle beleidigt fühlen möchte. Der Charakter einer amtlichen Mitteilung kann einer derartigen Behauptung gemäß auch dann nicht zugprochen werden, wenn sie von einer staatlichen Behörde ausgeht. Die „Straßburger Korrespondenz“ hat vielmehr das bei Druckschriften amtlichen Charakters zustehende preßgesetzliche Privilegium zur persönlichen Beleidigung eines unbekannteren politischen Gegners mißbraucht, von dem sie wissen mußte, daß es ihm unter den gegebenen Umständen unmöglich sein werde, den Beleidiger zur gerichtlichen Verantwortung zu ziehen. Der Abg. Wetterle sieht sich jetzt gezwungen, gegen diejenigen Zeitungen Klage zu erheben, welche die Beleidigende Erklärung des amtlichen Organs abgedruckt und zustimmend kommentiert haben.

Aus Bayern wird uns geschrieben: In Järth wurde Genosse Bid in den Landrat gewählt. Der Landrat ist eine Körperschaft, welche das Budget für die einzelnen Kreise festzustellen hat. Die Vertretung der Städte wird von den zu einem Wahlbezirk vereinigten Stadtverordneten und Magistraten gewählt. — Gegen die Flottenvorlage wird seitens der bayerischen Genossen energisch Front gemacht. In Oberbayern und Schwaben fanden am Sonntag, den 4. März, sieben sehr stark besuchte Versammlungen statt; für Sonntag, den 11. März, sind sechs Versammlungen eubenannt. In allen Versammlungen wurden Protest-resolutionen angenommen.

Zur Verhütung von Hochwassergefahr in der Provinz Schlesien ist dem Landtage ein Gesetzentwurf zugegangen, aus dem wir das wichtigste hier mittheilen.

§ 1. Die Lausitzer Neiße, der Bober, die Ragbach, die Weßeritz, die Mäyer Neiße und die Hohenlohe sind, so weit sie zur Provinz Schlesien gehören und nicht spärlich sind, mit denjenigen Anflüssen, welche in dem Plan für den erstmaligen Ausbau der Vertheidigung finden, zur Verhütung von Hochwassergefahr nach den Vorschriften dieses Gesetzes auszubauen und zu unterhalten.

§ 2. Unter Ausbau sind vorzugsweise zu verstehen Maßnahmen zur ordnungsmäßigen Herstellung des Ufers und der Ufer des Wasserlaufs, soweit sie zur regelmäßigen Hochwasserabführung sowie zur Verhinderung der Uferabspülung erforderlich sind, sowie zur notwendigen Freilassung des für den regelmäßigen Hochwasserabfluß wesentlichen Gebiets (des Hochwasserabfluß-Gebiets), und geeigneten Falls die Errichtung von Anlagen zur Rückhaltung des Wassers.

§ 3. Zu den Kosten des erstmaligen Ausbaus trägt der Staat vier Fünftel bis zum Höchstbetrage von 31 212 000 M., der Provinzialverband ein Fünftel bis zum Höchstbetrage von 7 828 000 M. bei.

Der Gesetzentwurf trifft dann nach Bestimmung über die Heranziehung der Interessenten zu den Kosten und regelt im übrigen nur die Befugnisse der Behörden bei den auszuführenden Arbeiten etc. Was geschehen soll und wie und wann es geschehen soll, davon ist weiter keine Rede. Mit der Annahme dieses Gesetzes ist also in Wirklichkeit zur Verhütung der Hochwassergefahr noch gar nichts gethan. Es ist vorläufig nichts wie ein Stück Papier, deren es in der preussischen Gesetzgebung schon viele giebt, ohne daß sie jemals lebendige Bedeutung erlangt hätten.

Privat-Versicherungsgesetz. Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ erzählt, daß dem Bundesrat ein Gesetzentwurf nebst Begründung, betreffend die privaten Versicherungsunternehmungen zugeht.

Ludolf Parfins, der freimüthige Politiker, ist gestorben. Er ist 1827 geboren, schlug die juristische Laufbahn ein und wurde 1858 Kreisrichter. Der Fortschrittspartei schloß er sich sofort bei ihrer Begründung an. In der Konstituante wurde er wegen seiner politischen Thätigkeit — er war damals Abgeordneter — gemäßigelt. 1867 bis 1868 vertrat er den ersten Berliner Landtagswahlkreis, von 1875 bis 1878 und 1881/87 gehörte er auch dem Reichstag an.

Seine Arbeitskraft war vorwiegend dem Genossenschaftswesen gewidmet. Auch als Schriftsteller war er vielfach und vielseitig thätig.

Für Knuten-Certel.

Man schreibt uns: Erlauben Sie mir lebhaften, ja erregten Protest zu erheben gegen einen **weitverbreiteten Wahn**, zu dessen Anwalt sich **Dr. Certel** im Reichstag angeworben hat, ohne Widerspruch zu finden, gegen die Meinung, daß das moderne Strafmittel, die Freiheitsstrafe, nicht als ein schweres Uebel empfunden werde. Es giebt unter allen umlaufenden Meinungen kaum eine, die vom Standpunkte des Interesses und absehblicher Erfolge, als jene landläufige Theorie. Dr. Certel hat sich damit auf die Praktiker des Strafvollzugs berufen — nun der Geheimrat Krohn, der Decretum im Ministerium, ist gegen die Prügelstrafe; und in der Paragrafische sind die Praktiker seit Jahrzehnten einig, — es ruft bei ihnen nur ein Schellen hervor, wenn sie hören oder lesen, daß das Zuchtband, die Strafanstalt die Leute anlocke. **Kruschows** wird eine längere Freiheitsstrafe als ein schweres, ja als das schwerste Uebel empfunden, **weit mehr als irgend eine Körperstrafe**. Wenn einem Renommierbengel der Trieb ankommt, seinem Richter nach der Verhandlung höhnisch für die Verurteilung zu danken, so vergißt ihm das bald, wenn er Jahr und Tag der Weisheit der Freiheitsstrafe unterliegen hat. Die Prügelstrafe aber ertragen und übersehen bereitwillige Naturen manchmal mit ungetrübtem Trost; wenn ihr Gefäß zerdrückt ist zu einer blutigen Wunde, dann flammst ihr Trost auf, so daß vor einigen Jahren ein Geisteskranker in einer preussischen Strafanstalt den dirigierenden Inspektor fragte: Ob Sie das wohl so gut ausstehen wie ich? Es liegt also in Wahrheit genau umgekehrt: Die Prügelstrafe wirkt nicht abschreckend und fürchtbar, aber eine fürchtbare, cutipliche, langsame Mühle der Qual ist die lange Freiheitsstrafe. Wenn sie die Verbrecher nicht unterdrückt, so liegt das nur daran, daß alle Abschreckung, auch Galgen, Prügel und Hunger zu Schanden geworden sind, und die sozialen und persönlichen Ursachen, aus denen das Verbrechen immer neu entsteht. Leute wie Dr. Certel wissen von der Wahrheit dieser Dinge nichts; sie sind die Vorführer eines laudläufigen Wahns, den sie immer neu behaupten, der aber verächtlich wird, wenn er sich die Miene giebt, auf gültigen Kenntnis der Dinge zu beruhen.

Geradezu empörend aber ist, was Dr. Certel über die Kost in den Gefängnissen sagt. Eine „Mittelkost sei Fleisch, Gemüse und Kompott“. Wer mit solchen Behauptungen haushirt, dem gehört eine scharfe Zurückweisung. Die „Mittelkost“, von der Dr. Certel spricht, ist eine **äußerst selten bewilligte Kost für schwer kranke Gefangene!** Will Dr. Certel diesen etwa auch die Medizin wegnehmen? Wie die gewöhnliche Gefängnisloft beschaffen ist, das kann Dr. Certel ja aus dem offiziellen Etat sehen; sie kostet für jeden Gefangenen in den Strafanstalten Preussens pro Tag: **31,2 Pfennige**, wozu noch aus dem Arbeitsverdienstanteil des Gefangenen im Durchschnitt 1,3 Pf. kommen. Sie enthält nur annähernd diejenigen Nährwerte, die für einen erwachsenen, nicht schwer arbeitenden Menschen als erforderlich wissenschaftlich festgestellt sind.

Häher zu hatten die Prügelstrafe doch wenigstens den Grund einer „ungeheuerlichen Zunahme der Verbrecher“. Das können sie heute nicht aufweisen, denn nach der Statistik der Strafanstalten ist die Verhältnissiffer der Zuchthausbestrafungen seit 1881/82 von 6,01 auf 10,000 Zuchthausmündige Personen zurückgegangen auf 3,08 im Jahre 1897/98, also beinahe auf die Hälfte. Diese Siffer könnte Leuten wie Dr. Certel einige Belehrung über die Quellen des Verbrechens geben, wenn die Herren überhaupt zu belehren wären.

Eine fromme Demunciation.

Wie es unter der Herrschaft der Iox Heilige kommen wird, zeigt bereits eine Kritik des „Reichsboten“. Im „Berliner Theater“ wurde ein Schauspiel von Georg Meide, „Freiwillig“, aufgeführt, über die das Papiereblatt schreibt:

„Das Reichsische Schauspiel atmet somit ganz den Geist von Höpners „Kora“ und Sudermanns „Peinart“; es ist ein Leiden-drama voller Anklagen gegen die bestehende Gesellschafts-Ordnung, in der nach Ansicht des Verfassers das Weib nur in Salon, Küche und Kinderstube einen Platz hat, und in der es elend verflümmert muß, weil es die Sklavie des Mannes ist, und weil ihm jede freie Entfaltung der Persönlichkeit, jedes individuelle Ausleben unmöglich gemacht wird. Und wer ist der socialistische Ankläger Georg Meide, der sich zum Vortreiber des Reichsischen Individualismus aufwirft und durch sein dramatisches Herrbild der Socialdemokratie die Wege ebnet? Herr Dr. jur. Meide, der Verfasser des Schauspiel „Freiwillig“, ist Konfessionsrat und Justiziar am königlichen Konfessionarium der Provinz Brandenburg! Ein Mitglied der Provinzbehörde kämpft somit Schulter an Schulter neben Reichsiche, Hofen und Sudermann auf die Bühne, die weder Gott, noch Pflichten gegen die göttliche Weltordnung kennen; Menschen, deren oberster Grundgesetz das schrankenlose Ausleben der Persönlichkeit ist, und die dem eignen Schicksal alle niedertreten, was der Religion und Sitte heilig ist!“

Jetzt ruft der faulke Patron nur nach Maßregelung des Dichters, künftig wird er auch den Staatsanwalt citieren. Nach Herrn Meide — das ist die notwendige Folgerichtigkeit eines gesinnungslosmachenden Systems! —

Ausland.

Ende der österreichischen Reichsrats-Session.

Man schreibt uns aus Wien unterm 9. März: Die mit so viel Hoffnungen begrüßte Reichsrats-Tagung nähert sich ihrem Ende, und ihr ganzes Ergebnis wird die Bewilligung jener Vorlage sein, wodurch die Regierung ermächtigt wird, das Rekrutenkontingent für das Jahr 1900 aufzuheben. Die Frucht all der Mühen ist also diese eine recht fragwürdige Staatsnotwendigkeit. Sie wird zu stande kommen, denn die Jungezechen, die seit dem Zusammentritt des Reichsrats mit dem Obstruktionssteuer stiefen, haben gestern ausdrücklich beschlossen, der Vorlage — ihre Verachtung im Plenum beginnt Montag — keine Obstruktion entgegenzusetzen. Der Beschluß, halb Vernunft, halb Feigheit, ist ungewisselhaft der Zukunft entsprungen, sich's mit der Obstruktion gegen eine Militärvorlage beim Kaiser ganz zu verschütten. Daß diese Vorlage durchgeht, ändert allerdings nichts an der Thatfache, daß das Parlament krank ist, unlebendfahig und unmöglich. Es betrübt also auch keinen, wenn das Parlament, da es keine Schuldigkeit gethan haben wird, prompt verabschiedet werden wird. All die dekorativen Gefegentwürfe: die große Investitionsanleihe für neue Eisenbahnen, das Industrieörderungs-Gesetz, ebenso die alten Sünden: Ausgleich, Quote und Budget — all das bleibt unerledigt; es will niemand davon wissen, weil jederman fühlt, daß er

damit ins Ungewisse greift. Nächste Woche soll nur noch der Bericht des socialpolitischen Ausschusses über die ihm zugewiesenen Anträge wegen des Streiks der Bergarbeiter erledigt werden. Die Wahrscheinlichkeit, daß der Ausschuß fertig werden, das heißt, einen Entwurf der Abfindungsschicht einbringen wird, ist freilich gering. In der Enquete hat der Ausschuß die Möglichkeit gefunden, die Sache zu verschleppen, und wenn es auch sicher ist, daß die Regierung eine Vorlage über die Arbeitszeit machen will, so ist es leider ebenso sicher, daß sie erst den Streik beendete sehen will, bevor sie sich zu einem gesetzgeberischen Akt entschließt. So wird die ganze Session mit einer Enttäuschung enden; es ist ein wertloser und unfruchtbarer Parlamentarismus, der die Kosten nicht wert ist, die er verursacht.

Arbeiter-Ausbeugung in Wien.

Wie alljährlich feierte die socialdemokratische Arbeiterschaft am letzten Sonntag bereits den 13. März durch einen Massen-auszug aus dem Centraltrahof zum Obelis am Grabe der Märzgefallenen.

Bei dem herrlichen Frühlingswetter war die Beteiligung massenhaft als seit Jahren. Die Polizei selbst schätzte die Zahl der Arbeiter auf mindestens 35 000, welche aber die strengste Ordnung hielten. Zwei Stunden lang dauerte der Einzug in den Friedhof, der vom Stadt-Centrum eine Meile entfernt liegt. Bemerkenswert war, daß Arbeiter aller österreichischen Nationalitäten beteiligt waren.

Am Grabe sprach der socialdemokratische Reichsrats-Abgeordnete Ellenbogen deutsch, Dworzak czechisch, Kozakiewicz polnisch, Jachimowicz russisch.

Alle Redner erklärten die Volksschritte, für welche die Märzopfer vor 32 Jahren gefallen sind, heute für mehr bedroht als je. Auch der Rückzug in die Stadt vollzog sich in vollster Ordnung. Hier hatte ein starkes Polizeiaufgebot alle Zugänge zur Ringstraße, Burg und zum Parlament und Rathaus besetzt. Verirrte Wachleute drängten überall die Arbeiter zurück, doch erfolgte kein Zusammenstoß. Nur in der Mariabierstraße kam die Erbitterung der Arbeiterschaft gegen Lueger in stürmischen Rufen: „Woh! Lueger!“ „Nieder mit dem Räuber des Wahlrechts!“ zum Ausbruch.

Oesterreich-Ungarn.

Man schreibt uns aus Wien, 9. März: Die rapid es mit der Macht des Schlagschientums in dem kaislichen Lande der Schlacht, in Galizien, abwärts geht, zeigen zwei Ergänzungswahlen zum galizischen Landtag, die Donnerstag stattfanden. In dem Landgemeinden-Wahlbezirk Bogonia wurde gegen den offiziellen Kandidaten des Potentats der bekannte Vater Stojalowski gewählt; zwar ein sehr anrüchlicher Geselle, aber den Feudalen ob seiner Popularität beim Bauernvolke sehr verachtet. Noch auffälliger als diese Wahl ist das Resultat der Wahl im Stadtbezirk Lemberg. Das Mandat hatte bis zu seinem Tode der alte Smolka inne. Diesmal betrauten sich daraus der Minister Pientak und Reichsrats-Abgeordneter Daszynski, der als Kandidat aller unabhängigen und freimüthigen Elemente auftrat. Minister Pientak wurde zwar mit 2943 Stimmen gewählt, aber die Stimmenzahl, die Genosse Daszynski auf sich vereinigte, übertraf alle Hoffnungen. Er erhielt in diesem privilegierten Wahlkörper, in dem das Wahlrecht bei einem Steuercentum von 5 Gulden beginnt, nicht weniger als 1928 Stimmen. Bedenkt man, daß die Wahl in hiesiger Gegend und die behördlichen Organe dabei alle halbwegs abhängigen Elemente kontrollieren konnten, und erwägt man noch den ungeheuren Terrorismus, der von seiten der Regierung ausgedehnt wurde, so wird man die Stimmenzahl als einen Beweis für den großen Fortschritt erkennen, den die Socialdemokratie in diesem östlichen Lande der Monarchie macht.

Dänemark.

Strafmündigkeit der Kinder. Kopenhagen, 8. März. (Fig. Bericht.) Das dänische Strafrecht steht in dieser Beziehung gegen die aller Kulturländer zurück. Das kriminelle Alter beginnt in Dänemark mit dem zehnten Jahre, so daß ein Kind von 10 Jahren, das sich gegen einen Paragraphen des Strafrechtbuchs vergangen hat, in Untersuchungshaft genommen und zur Prügelstrafe verurteilt werden kann. Nur ist dem Hölzchen ein Gesegensantrag angegangen, der die Kriminalität auf fünfzehn Jahre erhöht und die Prügelstrafe abschafft. Nach der ersten Beratung im Folkething wurde er an einen Ausschuß verwiesen, der nun seinen Bericht erstattet hat, der die Prügelstrafe abschaffen will, aber das Alter der Strafmündigkeit auf 14 statt auf 10 Jahre herabsetzt, weil Norwegen diese Altersgrenze habe und bei der ersten Beratung der Justizminister gegen die Grenze von 15 Jahren Bedenken erhob. Immerhin ist die Abschaffung der Prügelstrafe und die Herabsetzung des Alters auf 14 Jahre ein Fortschritt, dem schließlich der ganze Folkething zustimmen wird. Aber ob nicht der Landesdisting auch dieses Reformgesetz hindern wird?

Frankeich.

Der Einkommensteuer-Plan des Finanzministers Caillaux sieht eine Besteuerung der Einkommen aller Art, welche von beweglichem und unbeweglichem Besitz, von Handel, von Industrie, von freien Berufen, von öffentlichen Ausstellungen uim. herrühren, vor. Der Steuerfuß wird auf 4 Proz. festgesetzt werden, aber ein Teil der Einkommen wird steuerfrei bleiben. So wird in Paris z. B. ein Steuerpflichtiger nichts für die ersten 2500 Fr. Einkommen zu zahlen haben. Diejenigen Ausländer, welche noch kein volles Jahr in Frankreich wohnen und ihre Einkommen von außerhalb her beziehen, sollen der Steuer nicht unterworfen sein. Hingegen sollen Ausländer zur Zahlung verpflichtet werden, wenn ihre Einkommensquellen in Frankreich sind, auch wenn sie selbst im Auslande verweilen. Zur Feststellung des Gesamteinkommens wird man sich hauptsächlich des Wirtszinses als Maßstab bedienen und das Einkommen wird auf den fünffachen oder sechsfachen Betrag des Wirtszinses berechnet werden.

Affäre Philipp. Der frühere Beamte im Marineministerium, Philipp, wird nicht wegen Spionage, sondern nur wegen Diebstahls mit Betrug verfolgt werden.

Rußland.

Fortwährende Chikanierungen in Finnland. Die Schul-Oberleitung hatte am Runenberg-Tage, der in ganz Finnland festlich begangen wurde, den Schulen freigegeben. Gouverneur Bobrikow fragt die Schulbehörde an, warum sie das gethan. Diefelbe antwortet, daß sie gesetzliches Recht habe, jeden Monat einen Tag den Kindern frei zu geben, und diesmal natürlich den Runenberg-Tag gewählt habe.

Da die Zeitungen nicht einmal melden dürfen, wenn sie durch Censurhindernisse nicht erscheinen dürfen, hatten sie verbotene Notizen darüber gebracht. Diese sind ihnen nun auch verboten worden.

Ferner wird jetzt von der Regierung ein **Verbot gegen Auswanderung** geplant, weil dieselbe von Monat zu Monat zunimmt und das Land stark entvölkert wird; die Auswanderung bietet aber schließlich die einzige Möglichkeit für die Bevölkerung, sich vor der Russifizierung und der russischen Gewaltherrschaft zu retten.

Amerika.

Monarchisten in Brasilien. Schon seit Monaten soll sich unter dem Einfluß der Republikaner in Brasilien eine auf **Wiederherstellung der Monarchie** gerichtete Bewegung bemerkbar machen, so daß Kemmer der brasilianischen Verhältnisse der weiteren Entwicklung der Dinge nicht ohne Besorgnis entgegensehen. Nunmehr erfährt man, daß die Bewegung sich bereits zu einer **Verständigung** verdichtet hatte, die allerdings noch rechtzeitig entdeckt wurde und im Keime erstickt werden konnte. Es wird darüber gemeldet:

Rio de Janeiro, 10. März. Die brasilianische Regierung hatte seit einem Monat in Erfahrung gebracht, daß sich einige Mith-vergnügte zu einer Verschwörung gegen die Republik vereinigten hätten, und entschloß sich zum Handeln, als sie die Mitteilung erhielt, daß Geld, das von Monarchisten stammte, an einige Polizeisagenten und verschiedene andere Personen verteilt worden sei. Einer der Verschwörer sollte sich des Präsidenten Campos Salles in Petropolis bemächtigen. Im Falle des Gelingen dieses Anschlags sollte eine provisorische Regierung von sechs Mitgliedern eingerichtet werden. Der größere Teil der Verschwörer ist bloßgestellt.

Partei-Nachrichten.

Genosse Dueb und das Rühauer Reichstagsmandat. Reichstagsblätter und altdenke bürgerliche Blätter — unter andern auch die „Frankfurter Zeitung“ — brachten in den letzten Tagen Meldungen über die Mandatsniederlegung eines Parteigenossen Fernand Dueb, Vertreters des zweiten elchloisbergischen Wahlkreises Rühau-St. Ludwig im Reichstag, sowie über die Gründe dieses Schrittes und den mutmaßlichen Nachfolger Duebs. Um dem Kopfzerbrechen dieser Blätter über diese interne Angelegenheit unsere Partei Einhalt zu thun, geben die Wähler Duebs, unsere Parteigenossen von Rühau und Umgegend, die folgende öffentliche Erklärung ab:

Genosse Dueb hat schon vor einigen Monaten wiederholt den Wunsch geäußert, das Reichstagsmandat für Rühau abzugeben und hat tatsächlich auch bei der Wiedereröffnung der Reichstags-sitzungen im November v. J. weder in diesem noch im folgenden Monat — wo bekanntlich die Justizhausvorlage zur Erledigung kam — an den Verhandlungen des Reichstags teilgenommen. Daraufhin sagte eine am 26. Dezember v. J. in Rühau tagende Wahlkreis-konferenz, an welcher neben den Delegierten der Stadt Rühau, Vertreter von Dornach, St. Ludwig und andern Orten teilnahmen, einstimmig den Beschluß, das Mandat des Abgeordneten Dueb zurückzunehmen, ihm anheimstellend, die nötigen Formalitäten mit einer öffentlichen Erklärung in der ihm selbst geeigneten erweichenden Weise alsbald zu erfüllen. Gleichzeitig beschloß die Konferenz, vorbehaltlich der Zustimmung des Rühauer Arbeiter-Wahlvereins und der übrigen Faktoren der Organisation, daß zu der aus der Mandatsniederlegung sich ergebenden Neuwahl die Kandidatur des Genossen Leopold Emmel, Kaufmann in Saargemünd, aufgestellt werden sollte. Diefem Beschluß wurde bisher aus dem Grunde keine Folge gegeben, weil die bald nachher im Reichstag eingegangene Flottenvorlage der Eventualität einer Reichstags-Auflösung große Wahrscheinlichkeit verlieh und man dem Kreise Rühau die Mühen und Kosten zwei rasch aufeinander folgenden Reichstagswahlen ersparen wollte.

Dueb vertritt den Wahlkreis Rühau im Reichstag seit 15. Juni 1893 als Nachfolger Dickel, der das Mandat bei den Februarwahlen 1890 zum erstenmal für die socialistische Partei erobert hatte. Am 16. Juni 1898 regte Dueb im ersten Wahlgang mit 13 610 Stimmen über den elchloisbergischen Bewerber, auf den 8052 Stimmen entfielen, während eine nationalliberale Kandidatur deren 1761 auf sich vereinigte.

Totenliste der Partei. In Brandenburg starb am Sonnabend der Parteigenosse Emil Simon. Genosse Simon leitete längere Zeit die Partei-Organisation in Brandenburg, war sechs Jahre als Faktor und Metteur in unserem Brandenburger Partei-Blatte thätig und hat auch einige Zeit verantwortl. gezeichnet. Diefelbe Thätigkeit brachte ihm sechs Monat Flöhen ein. Im Herbst v. J. wurde er in das Stadtverordneten-Kollegium gewählt, bald danach wurde er jedoch krank und dieser Krankheit ist er jetzt erlegen.

In Altona starb im Alter von 54 Jahren der Parteigenosse Paul Rattkeffen an den Folgen einer Operation.

Obwohl noch im besten Rottenalter stehend, war Paul Martini doch schon einer von der alten Garde der Partei-Organisation, der er sich schon in jungen Jahren angeschlossen und in welcher er eine nicht unbedeutende Rolle spielte. Von Beruf Tischler, war Martini schon bei Volzeitern Theodor Joris Lokalkorrespondent der Holzarbeitergewerkschaft. Politisch schloß er sich der Socialdemokratischen Partei (Eisenacher) an, in welcher er neben August Geib dem Ausschusse angehörte. Unter der Herrschaft des Socialisten-geistes wurde Martini, als über Hamburg-Altona der keine Verlagerungsgrund verhängt wurde, ausgewiesen und nahm seinen Aufenthalt in Kiel. Anarbeiten in der Familie veranlaßten dann seinen Arbeitgeber, ihm die Erlaubnis zur Rückkehr zu erwirken. In den Deutschen Tischlerverbände war Martini schon von 1888 bis zur Verschmelzung der Tischler-, Drechsler- u. Organisations im Juli 1898 Ausschussvorsitzender. Im Holzarbeiter-Verbande war er bis zu seinem jetzt erfolgten Tode einzig organisatorisch und agitatorisch thätig. Ebenfalls war er ein eifriges und thätiges Mitglied der Central-Krankenkasse der Tischler. Alle, die mit und neben ihm gewirkt und gekämpft haben, werden ihm ein trübes Andenken bewahren und betauern, daß er uns so früh entziffen wurde.

Die Notwendigkeit eines Gemeinewahl-Programms wurde recht deutlich erwiehen in einer Gemeinewahlere-Konferenz in Dresden-Remitadt. Dort wurde über das Gemeinewahl-Programm, das sich die sachlichen Parteigenossen jetzt schaffen wollen, verhandelt. Einer der Anwesenden machte darauf aufmerksam, wie verurteilenswert es sei, daß den Gemeinden das Recht züfiele, Steuererstanten vom Wirtschaftsbereich auszuschließen. Er verlangte die Aufnahme einer Stelle in das Programm, die sich gegen das Wirtschaftsverbot wendet. Der Redner begründet seine Ansicht damit, daß selbst socialdemokratische Gemeinewahlmitglieder noch für das Wirtschaftsverbot seien. Und siehe da! Eine ganze Anzahl der anwesenden Gemeinewahlere verteidigten das Wirtschaftsverbot. Es wurde ihnen klar gemacht, daß gar keine Veranlassung zu solcher vormärzlichen Maßregel vorliege, da die Gemeinden Mittel genug haben, zu ihrem Gelde zu kommen. Sie können ohne zu klagen spenden, können den Lohn mit Beisatz belegen. Das Wirtschaftsverbot werde nur gegen misliebige Arbeiter angewendet, gegen Reklanten aus andern Kreisen nie; es sei ein unwürdiges Verfolgungsmittel. Als Resultat der Debatte ergab sich der Beschluß, daß in das Programm der Sach aufgenommen werden soll: „Unterlassung aller besondern Verfolgungs-maßregeln (Wirtschaftsverbot) gegen Steuererstanten“.

Die Debatte zeigte, daß für die vielfältigen Specialfragen, die dem Gemeinewahlere bei seiner Thätigkeit begegnen, ein ziemlich ausführlich bis einzelne gehendes Gemeinewahlprogramm nötig ist, um auch den minder Beschlagenen eine Richtschnur für ihr Verhalten zu geben. Ebenso notwendig sind aber auch häufige Zusammenkünfte der Gemeinewahlere größerer Bezirke, um durch gegenseitige Ansprache belehrend und aufläuternd zu wirken und das papierne Programm lebendig zu machen.

Die Landesversammlung der württembergischen Socialdemokratie wird zu Ulm in Stuttgart abgehalten. Aus der vorläufigen Tagesordnung ist zu nennen: Thätigkeits- und Massenbericht des Landesvorstands und Bericht der Revision. — Bericht über die Partei-Organ: a) Schwäbische Tagwacht, b) Schwäbischer Volksfreund. — Die politische Situation im Reich. — a) Die gesetzgeberischen Erfolge des württembergischen Landtags, b) Die Steuerreform, c) Die kommenden Landtagswahlen. — Der internationale Kongress in Paris.

Partei-Presse. Genosse Karl Wiestle, der während der neumontarischen Inhaftierung des Genossen Schütz in der Redaktion der „Tribüne“ thätig war, tritt am 1. April in die Redaktion des „Offenbacher Abendblatts“ ein.

Demonstration der finnischen Arbeiter. Am letzten Sonntag versammelten sich am Bahnhofspolze in Gelsingfors ca. 4000 Arbeiter und gingen im geschlossenen Zuge nach dem Senatspolze, wo gleichfalls Lande schon versammelt waren. Hier anksteteten sie auf der Treppe der Nikolaiskirche ihre roten Fahnen mit Aufschriften wie „Arbeiterentzug“, „Allgemeines Stimmrecht“ u. Es wurden zwei Reden in finnischer Sprache gehalten, worin die Klassenpolitik der Oberklassen, die die politische Lage zur völligen Unterdrückung der Arbeiter benützen möchten, scharf gegeißelt wurde. Unter

Gurrarusen und entblöhten Kopfes wurde darauf eine entsprechende Resolution angenommen. Zum Schluss sprach der Polizeimeister von Helsingfors den Arbeitern seinen Dank dafür aus, daß die Demonstration so ordnungsmäßig verlaufen sei!

Die Aussperrung in der Berliner Holzindustrie.

Der Holzarbeiter-Verband giebt am Montag die Zunahme der Aussperrten auf 142 an, die sich über 56 Werkstätten verteilen. Abgereist sind im ganzen 700 Mann. In bürgerlichen Blättern wird der Meinung Ausdruck gegeben, daß vor dem Gewerbegericht eine Einigung zu Stande kommen würde. Wie die Situation sich gestaltet, ist es sehr zweifelhaft, ob es zu einer Verständigung kommt. Einige Grohndustrie haben ein starkes Interesse daran, den Konflikt in die Länge zu ziehen. Bezeichnend ist der Ausspruch eines größeren Fabrikanten, der einem seiner Arbeiter erklärte: Wir werden den Streik auch dazu benutzen, um die Konkurrenz vom Halbe zu halten. Die ganze Haltung der Schachtmacher deutet darauf hin, daß diese Politik planmäßig befolgt wird. Unter der Konkurrenz sind natürlich ohne Ausnahme die kleinen Meister zu verstehen. Man ist im Zweifel, ob es den Herren, die heute in Unternehmungskreisen die Leitung haben, nicht mehr darauf ankommt, eine Anzahl unangenehmer Konkurrenten über den Stock springen zu lassen, als die Arbeiterforderungen niederzuhalten. Es wird zwar von großen Summen gesprochen, die einige „Großen“ gepöfzt haben, um die Schwächen zu zeigen. Vielesach vernimmt man aber, daß die Bedingungen recht geringe und oft keine Unterstellungen oder Dabrliehen erhalten. Das Einzige, was die Herren vermitteln, ist die Aufschübung von fälligen Forderungen, jedoch wird diese sehr zweifelhaft. Günstig nach dem Streik sich unangenehm bemerkbar machen, denn es werden dann die Zahlungen in einem um so schnelleren Tempo erfolgen müssen.

Diese Sachlage wird den Fabrikanten auch klar, und es ist zu erwarten, daß, wenn die Einigung vor dem Gewerbegericht fehlschlägt, eine große Anzahl Unternehmer mit den Arbeitern eine Verständigung treffen werden. Sollten sich dann die Freizeiter weigern, ihre Betriebe zu öffnen, so wird sich auch hier ein Ausweg finden. Derartige Betriebe sind sehr schnell eingerichtet und es fehlt auch nicht an Interessenten, die diesen Umständen auszunutzen gewillt sind. Die Streikenden haben alle Ursache, guten Muts den weiteren Verlauf der Dinge anzusehen. Von einem Sieg der Unternehmer kann keine Rede sein.

Gewerkchaftliches.

Berlin und Umgegend.

Gewerkchaftsartikel für Berlin und Umgegend.

Die dem Statute angehörenden Gewerkchaften werden darauf aufmerksam gemacht, daß Sammelstellen für die streikenden resp. ausgesperrten Möbelpolierer, Holzbearbeitungsmaschinen-Arbeiter und Isolatororganisierten Nischen nur auf unserem Bureau, Dragonerstr. 15, Hof part., zu Ausgabe gelangen. Listen, welche den Stempel des Gewerkchaftsartikels nicht tragen, sind zurückzuweisen.

In Anbetracht der großen Zahl der in Betracht kommenden Arbeiter ist es Ehrensache eines jeden, unsere Berufsorganisationen angehörenden Arbeiters, materiell für die Streikenden einzutreten.

Die Organisationsvorstände werden aufgefordert, den in der letzten Sitzung gefaßten Beschlüssen überall Geltung zu verschaffen. Der Aussch. J. A.: Theodor Fischer.

„Der Fleischer“, unter diesem Titel ist in Berlin die erste Nummer einer Fachschrift für die Schlächtergesellen erschienen, die von der Organisation dieser Berufsgruppe unter der Redaktion von Theodor Resinle herausgegeben wird. Das Blatt erscheint monatlich einmal.

Die Musikinstrumenten-Arbeiter werden auf den Beschluß der öffentlichen Versammlung vom 4. d. M. aufmerksam gemacht, wonach jeder Kollege für die im Auslande befindlichen Holzarbeiter wöchentlich eine Mark zu steuern hat. Marken werden jeden Sonnabend und Montag bei Grundmann, Rammstraße 78, ausgegeben und werden auch hier Gelder in Empfang genommen. Kollegen, thue jeder seine Pflicht, denn erste Zeiten fordern außerordentliche Mittel. Der Vertrauensmann J. Krenndt.

Deutsches Reich.

Achtung, Holzarbeiter! Für Bremen sucht das Hohenverl von Logemann u. Wardenburg Maschinen- und Plagarbeiter. Da die Engagierten als Streikbrecher eintreten sollen, so wird gebeten, den Zugang fernzuhalten.

Die Grubenbesitzer im Zwickauer Revier haben es fertig gebracht, daß kein gemahregelter Bergarbeiter irgendwo Arbeit bekommt, ihr Terrorismus hat sich auf alle Arbeitsplätze der ganzen Umgegend ausgedehnt. Um nur diesen Machinationen der Grubenbesitzer ein Ziel zu setzen, sind unsere Genossen in den verschiedenen Gemeinderäten an die Gemeindevorstände mit den Beschlüssen herangetreten, bei dem Verein für bergbauliche Interessen resp. bei der Amtshauptmannschaft dahingehend vorstellig zu werden, daß diesen Beschlüssen ein Ende gemacht wird. So befinden sich z. B. in der Gemeinde Niederplanitz gegen 90 Mann solcher Gemahregelten, und der betreffende Gemeindevorstand hat sich bereit erklärt, in der erwähnten Weise vorstellig zu werden. Der Gemeindevorstand von Wilsau dagegen erklärte unsern Genossen Keil gegenüber, als ihm dieser in einer Gemeinderatsung interpellierte, daß er keine Verantwortung habe, aber diesen Punkt verhandeln zu lassen. Diejenigen, die den Streik verschuldet hätten, sollten nun auch diese Sache regeln.

Das Interesse der Gemeinde hätte der Gemeindevorstand jedenfalls besser gewahrt, wenn er der Anregung nachgegeben hätte.

Nachwehen vom Arefeld für Arbeiterstreik. Der Vorsitzende des Gewerkchaftsartikels in Arefeld war wegen Verletzung Arbeitswilliger, welche der Staatsanwalt in einem Flugblatt fand, von der Strafkammer in Arefeld zu drei Wochen Gefängnis verurteilt worden. 30 M. mußte der Bruder zahlen. Die Strafe ist bereits verbüßt, da kommt der Färbereibesitzer Biernann und füllt sich ebenfalls beleidigt. Er strengte die Privatbeleidigungsklage an. Aber trotz aller Bemühungen, welche sich sein Vertreter gab, wurde er mit seiner Klage kostenpflichtig abgewiesen. Das Gericht folgte den Ausführungen des Verteidigers des Verklagten, welcher sich auf eine Entscheidung des Reichsgerichts berief, wonach wegen eines Delikts nicht zweimal Verurteilung stattfinden kann.

Unternehmer-Organisationen. Die Arefeld'schen Fabrikanten der verschiedenen Branchen in der Webersen haben sich koalitiert. Als letzte kamen die Fabrikanten von Sammet, Milch und Sammetband. Der Organisation gehören sämtliche Fabrikanten des Niederwebers an. Die Arbeiter werden wohl verstehen, was das zu bedeuten hat und beizugehen an den Ausbau ihrer Organisation denken. Sie müssen dem organisierten Unternehmertum in geschlossener Phalanx gegenüberstehen.

Aus Arefeld wird uns geschrieben: Im Lauf der nächsten Woche werden die hiesigen Holzarbeiter in eine Bewegung eintreten. Sie verlangen den Reumtundtag, eine 10prozentige Lohnerhöhung und Abschaffung verschiedener kleiner Mißstände. Die Löhler-Zunahme ist gewillt, über die Lohnerhöhung mit den Gesellen zu verhandeln, lehnt aber jedes Zugeständnis betrefis Verkürzung der Arbeitszeit ab. Der Kampf ist deshalb unvermeidlich. Es handelt sich um ca. 300 Gehilfen. Ebenso wollen die Schachtmacher in eine Bewegung um Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage eintreten. Dieselben haben eine Statistik ausgenommen und da stellte sich heraus, daß die Arbeitszeit durchschnittlich 14-15 Stunden betrug, mit einem Lohn von 10 bis höchstens 20 Pf. pro Stunde. Eine Kommission ist beauftragt, einen Lohnarif ausgearbeiten und den Meistern vorzulegen.

Die Spaltung der Legilarbeiter in drei Lager macht sich überaus unangenehm bemerkbar. Der Streik bei der Firma Thomas u. Cofferetto ist durch die Haltung der „Christlichen Organisation“ als verloren zu betrachten. Dem Chef der Firma, welcher Ehrenmitglied des Christlichen Verbands ist, wurden die Streikbrecher vom Vorstand geliefert und ist er infolgedessen jetzt Herr im Hause. Die Sammetfabrikanten werfen mißliebig alle diejenigen, welche in dem großen Streik irgend welche Rolle gespielt, aus dem Verband. Einige der Gemahregelten haben mit Hilfe ihrer Kollegen sich eine andre Existenz erlangt. Andre haben einen andren Berufszweig ergriffen. Und noch andre irren von Fabrik zu Fabrik, stets hoffend, daß sie eingestellt werden. Aber sobald sie ihren Namen nennen, ist für sie keine Arbeit vorhanden. Hoffentlich kommen die Weber in ihrer Gesamtheit bald zu der Erkenntnis, daß sie nur durch ihre Einigkeit die Nachgegelte der Unternehmer eindämmen können.

Die Polizeibehörde in Mäders (Schlesien) scheint eine große Abneigung gegen Versammlungen zu besitzen, wahrscheinlich gedenkt sie trotz des Versammlungsrechts die Arbeiter dieses Orts von der Verhinderung mit der Gewerkschaftsbewegung fernzuhalten. Vor kurzem wurde den Glasarbeitern eine Versammlung nicht genehmigt, weil der Wirt sein Lokal für diese Zwecke nicht hergebe. Außerdem forderte man noch ganz ungeschicklich, daß der Referent, Glasarbeiter Giebig, die Versammlung anmelde. Gegen diese Verfügung wird Beschwerde erhoben und es ist wohl zu erwarten, daß die Behörde mit ihrer Weisheit nicht durchdringt.

Die Schneider in München haben gestern in 46 Geschäften die Arbeit niedergelegt.

Ausland.

Der Ausstand der österreichischen Bergarbeiter deutet selbst in der neubegonnenen neunten Woche keine Aenderung an. Noch immer steht eine große Zahl von Arbeitern im Ausstand, die sich trotz aller Drangsalierung nicht unterdrücken lassen. Bereits sind mehrfach die Arbeiter aus den Wohnungen, die sie von den Besen inne hatten, vertrieben; aber es gelingt den Zechenverwaltungen nicht, ihren Willen durchzusetzen, es finden sich keine Arbeitswillige. Die „Wiener Arbeiter-Zeitung“ quittiert jetzt über 208 243,66 Kronen, die als Unterstützung für die Streikenden eingegangen sind.

Der V. Kongreß des skandinavischen Sattelmacher- und Tapezierer-Verbands wird in Kopenhagen abgehalten. Dänemark ist durch 85 Delegierte, Schweden durch 11 und Norwegen durch 4 vertreten. Aus dem Verbandsbericht geht hervor, daß durch seine Tätigkeit Lohnerhöhungen von etwa 200 000 Kr. allein in Schweden und Norwegen erlangt sind, und die Arbeitszeit von 11-12 Stunden auf 10 herabgesetzt ist. In sechs Städten, darunter in Rasmö, wurden diese Resultate durch Streiks erreicht. Der Verband zählt im ganzen 1537 Mitglieder, von denen 898 in 27 Verbänden auf Dänemark, 481 mit 12 Verbänden auf Schweden und 160 Mitglieder in fünf Verbänden auf Norwegen kommen.

Die Pariser Arbeitsbörse im Jahre 1899. Dem Jahresbericht der „Veratenden Kommission der Arbeitsbörse“ vom Oktober 1898 bis Oktober 1899 ist zu entnehmen, daß die Zahl der im Berichtsjahre der Arbeitsbörse angehörenden Gewerkschaften 296 beträgt, um 35 mehr als im vorletzten Jahre. Im Hauptgebäude (3 rue de Chäteau d'Eau) sind 232 Gewerkschaften untergebracht, in der Filiale (rue Jean Jacques Rousseau) 64. Die 232 Gewerkschaften haben zusammen 144 Bureaunimmer inne, worunter 77 je einer Gewerkschaft, 50 je zwei und 17 je mehr als zwei Gewerkschaften zugewiesen sind. Insgesamt wurden 2615 Gewerkschaftsversammlungen abgehalten gegen 2525 im Jahre 1898. Außerdem wurden in den Versammlungshallen 225 mal Gewerkschafts- und Vorträge gehalten. — 117 Gewerkschaften haben einen unentgeltlichen Arbeitsnachweis für ihre Mitglieder eingerichtet, 107 bezichen einen Teil der vom Pariser Gemeinderat votierten Subvention.

Sociales.

Armenpflege auf dem Lande in Ostpreußen. Aus Szillen wird einer Litzener Zeitung über die entsetzliche Behandlung eines blinden Mädchens Mitteilung gemacht. Die 30 Jahre alte Blinde muß vom Dorfe unterhalten werden. Anfanglich verpflegten die Besitzer das Mädchen der Reihe nach. Das wurde ihnen aber zu unbequem. Es wurden daher 100 M. Armengeld jährlich ausgezahlt und dafür die Blinde einer alten Frau, die ein Alenteil bezieht, in Pflege gegeben. Da das Zimmer, welches die Alte bewohnt, für die Blinde keinen Raum bot, wurde die Unglückliche in einen Verlöch im Stall gebracht, wo sie in Gesellschaft einer Kuh und eines Schweins Tag und Nacht zubringen mußte. Die Verlöschung, welche der Blinden in den Stall hineingereicht wurde, diente der Behausung entprochen haben. Von einem Fleischer, der den Stall betrat, um die Kuh zu kaufen, wurde die Blinde, im elendesten Zustand in einer dunklen Ecke lauernd, gefunden.

Landarbeiterkass. Eine Polizeiverordnung betreffend die Verhütung von Unfällen beim Gebrauch landwirtschaftlicher Triebwerke und Maschinen hat der Oberpräsident der Provinz Schlesien für den Umfang dieser Provinz erlassen. Die am 1. April 1900 in Kraft tretende Verordnung bestimmt unter andrem, daß in Betrieben befindliche Maschinen und Triebwerke, bei welchen Dampfkrast oder Jagtiere verwendet werden, nicht ohne Aufsicht gelassen werden dürfen. Auch ist die Beschäftigung von Personen, die das 15. Lebensjahr noch nicht überschritten haben, in unmittelbarer oder eine Gefahr in sich schließender Nähe solcher Maschinen oder Triebwerke unterlag. Das gleiche gilt von Geisteskranken, epileptischen oder schwachsinrigen Personen. Wichtig ist denn noch, daß die Verordnung an den Drechselschneidern besondere Maßregeln zum Schutze der Arbeiter verlangt.

Arbeitersekretariate in der Schweiz. In Basel, Winterthur und Schaffhausen will die organisierte Arbeiterkass besondere Sekretariate errichten. In Basel soll dafselbe bereits mit dem 1. Juli eröffnet werden und ist die Stelle zur Belegung ausgeschrieben. Gegenwärtig bestehen schon Arbeitersekretariate: das schweizerische in Zürich, vom Kunde mit 25 000 Fr. subventioniert, dasjenige der zürcherischen Arbeiterkass, ferner ein solches in Vern und außerdem funktionieren die Abteilungen des schweizerischen Arbeitersekretariats in Biel und Genf gleichzeitig als lokale Arbeitersekretäre. In Basel und Vern giebt es auch christlich-soziale Arbeitersekretäre.

Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Dieß Verlag) ist soeben das 24. Heft des 18. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Die Revolte der Künstler. — Schippel, Brentano und die Flottenvorlage. — Ein Kegergericht. — Bon Wolfgang Helme. — Pariser Theater. — Von Dr. Heitke Koffig. — Literarische Rundschau: Rudolf Voßler, Das Wiener Burgtheater. — Heutketon: Das, was nicht war. — Von W. Warfink. — Aus dem Russischen überetzt von S. Kretsch.

Von der „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, Dieß Verlag) ist soeben die Nr. 6 des 10. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt dieser Nummer heben wir hervor: Deutscher Frauen- und Arbeiterbewegung. — Die Konsumgenossenschaft. — Von Adele Gerhards. — Arbeiterarbeit in Belgien. — Von M. K. — Wie der Militarismus die heilige Stellung der Frau seht. — Aus der Bewegung. — Frauenarbeit auf dem Gebiete der Industrie, des Handels und Verkehrswesens. — Arbeitsbedingungen der Arbeiterinnen. — Gewerkschaftliche Arbeiterinnen-Organisation. — Stillschließungsfrage. — Frauenbewegung.

Vom Kriege.

Auf dem Marsche gegen Bloemfontein ist die englische Armee am Sonntag wieder mit den Boeren zusammengestoßen, wobei es zu heftigen Kämpfen und besonders für die Engländer zu großen Verlusten gekommen ist. Der Berichtspatier der „Daily News“ im Hauptquartier von Lord Roberts drachtet aus Driefontein am Sonntagmorgen:

Eine Schlacht wütete gestern den ganzen Tag, Roberts errang einen neuen Erfolg, aber nicht ohne beträchtliche Verluste. Der Feind wurde bei Abrahamskraal angetroffen, er hielt weit besser Stand als Mittwoch. Erst nach heftigen Kämpfen wurden seine Stellungen von der Infanterie mit dem Bajonett genommen. Die Boeren wurden schließlich nach Süden vertrieben und ließen viele Tote zurück. Die Kavallerie hatte eine härtere Aufgabe als sonst. Der Versuch, eine Flankenbewegung auszuführen, scheiterte mehrmals, der Feind schien in größerer Stärke zu sein, als erwartet wurde, seine Linie erstreckte sich über den ganzen Voskoffstrand, mehrere seiner Geschütze wurden trefflich gehandhabt. Die Kavallerie setzte indes mit großer Hartnäckigkeit die Bewegung nach Süden in dem Versuch, den Feind zu überflügeln, fort. Die Boeren folgten hinter hügeligem Gelände. Um halb zwölf trat die Kavallerie der neunten Division, die parallel mit der sechsten Division operierte, in den Kampf ein. General Broadwood stieß sechs Meilen nach Süden vor, fand aber den Feind überall vor. Die Boeren versuchten sogar uns zu überflügeln. Der letzte Schuß wurde um 1/8 Uhr abends abgefeuert. Als wir heute morgen erwachten, fanden wir, daß der Feind trotz seines geistigen hartnäckigen Widerstands wieder sein Heil in der Flucht (?) gesucht hatte. Kein Boer war sichtbar. Wir sind jetzt auf dem Wege nach Bloemfontein. Roberts stößt ohne Zeitverlust vor.

Man sieht aus diesem Bericht, daß von einem „Zersprengen“ der Boeren, wie es vor einigen Tagen gemeldet worden war, gar keine Rede ist. Die Boeren ziehen sich in guter Ordnung zurück, haben aber jedenfalls nicht die Kraft, im flachen Lande die in der Hebermacht befindlichen Engländer von ihrem Marsch auf Bloemfontein zurückzuhalten. In geeigneterem Terrain werden sie später den Engländern sicherlich noch herbe Tage bereiten, wenn nicht vorher der Friede, von dem jetzt viel gesprochen wird, dem Gemetzel ein Ende macht.

Coleberg, 12. März. Die saßbare Brücke über den Orange River ist am Sonntagabend von den Boeren zerstört worden. Die Anlage derselben hatte z. B. viele tausend Pfund Sterling gekostet. Der „Temps“ meldet heute abend aus London, in dortigen Militärkreisen herrsche große Unruhe über das Eintreffen der Nachrichten, wonach zwei Regimenter Lord Roberts von einer Afrikanertruppe niedergemetzelt worden seien.

Vom Frieden.

Die Londoner Blätter veröffentlichen eine Meldung, derzufolge am letzten Dienstag fünf Depeschen von den Präsidenten Krüger und Stejn in holländischer Sprache bei der englischen Regierung eingetroffen seien, in welchen angefragt wurde, unter welchen Bedingungen die Einstellung der Feindseligkeiten herbeigeführt werden könnte.

Das Brüsseler „Petit Bleu“ veröffentlicht eine Depesche aus London, welche in der bestimmtesten Form das Gerücht bestätigen zu können glaubt, daß die Präsidenten Krüger und Stejn an die englische Regierung telegraphiert und sich zum Friedensschluß auf der Grundlage der „Aufrechterhaltung der Unabhängigkeit der beiden Republiken“ erboten hätten. Die Sache habe sich in der Nacht von Dienstag auf Mittwoch abgespielt und am Mittwoch früh sei den beiden Präsidenten die Antwort der englischen Regierung telegraphisch übermitteln worden. Diefelbe trage unveröhnlichen Charakter und schließe damit, daß die einzige Bedingung, unter welcher England Frieden schließen wolle, die **bedingungslose Uebergabe** sei.

Aus Pretoria wird zur Friedensfrage noch gemeldet, die Konjunktur der fremden Regierungen seien zu einer Konferenz eingeladen und erucht worden, die Intervention der Mächte, deren Vertreter sie sind, anzurufen, um weiteren Unterstützung Einhalt zu thun.

London, 12. März. Die Friedensvorschläge, von denen seit einigen Tagen die Rede ist, sind der englischen Regierung durch Vermittelung des amerikanischen Konsuls in Pretoria zugegangen. Die Regierung verweigert indessen den Vermittler an Lord Roberts, der allein bevollmächtigt sei, eine Entscheidung zu treffen. Direkte Verhandlungen zwischen London und Pretoria sind somit nicht gepflogen worden.

Die Friedensfrage

Am Montagabend im englischen Unterhaus zur Sprache. Es war aber aus der Regierung nicht viel herauszubekommen. Harry Foster fragte an, ob der erste Lord des Schachges Wolfour ohne Beeinträchtigung der öffentlichen Interessen die wesentlichen Bedingungen mitteilen könne, unter denen allein die Regierung irgendwelche Friedensvorschläge im Zusammenhang mit dem jetzigen Kriege in Erwägung ziehen werde. (Widerpruch aus den Reihen der Regierungshänger.) Wolfour erwidert, daß dies nicht möglich sei; es würden sehr bald dem Hause Schriftstücke über diesen Gegenstand vorgelegt werden. Diefelbe richtet an die Regierung die Anfrage, ob die Meldung irgendwie begründet sei, daß Präsident Krüger an die Regierung Mitteilungen gerichtet habe. Wolfour erwidert, er habe bereits gesagt, daß dem Hause demnach Schriftstücke vorgelegt werden würden.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Steglin, 12. März. Die heutige Gemeinderatswahl brachte der hiesigen Partei einen Erfolg. Im ersten Bezirk wurde Genosse Rapp mit 410 Stimmen gewählt. Sein Gegner erhielt 308 Stimmen. Im zweiten Bezirk wurde Seydel (Vürgerpartei) mit 272 Stimmen gewählt.

Dortmund, 12. März. (W. S.) Auf der Zeche Reddinghausen ist ein Fluß in Brand geraten. Das Feuer wurde auf seinen Herd beschränkt. Von der Rettungsmannschaft werden zwei Leute vermisst; dieselben sind wahrscheinlich erstickt. Die Belegschaft wurde unverletzt zu Tage gefördert.

Wien, 12. März. (W. S. W.) Im Abgeordnetenshafe berichtet Dipauli über die Tätigkeit des sozialpolitischen Ausschusses in Sachen des Arbeiterstreiks. Hierauf erklärt Ministerpräsident v. Körber, daß die Regierung bereits Anstrengungen gemacht habe, um den Ausstand der Bergarbeiter zu beendigen, diese seien jedoch bisher erfolglos geblieben, weil die Arbeiterkass eine generelle und sofortige Abkürzung der Arbeitszeit verlangt habe. Die Regierung werde die bereits begonnenen Vorarbeiten über die Abkürzung der Schichtdauer beim Bergbau schleunigt zum Abschluß zu bringen suchen, womöglich bereits in der Session nach Ostern mit Vorschlägen hervortreten. Er glaube, daß mit Rücksicht auf diesen Stand der Angelegenheit die Arbeiter jetzt ihre Arbeit wieder aufnehmen können.

Budapest, 12. März. (W. S. W.) In Gforna hat eine Feuersbrunst bei heftigem Wind mehr als 50 Häuser eingäschert, über 100 Familien wurden dadurch obdachlos, zwei Frauen sind in den Flammen umgekommen. — In dem Dorfe Doballo im Liptauer Komitat sind 35 Wohnhäuser samt den Nebengebäuden abgebrannt.

Brieg, 12. März. (W. S. W.) Gestern sprach beim hiesigen L. L. Revier-Vergant eine Deputation streikender Bergarbeiter vor und eruchte um bezugsfähige Vermittlung, daß bei Wiederaufnahme der Arbeit kein Arbeiter zurückgewiesen werden dürfe. Die Arbeiterkass aller hiesigen Kohlenwerke würde ihre Forderungen mit Ausnahme der Achtstundenschicht zurückstellen und sofort zur Arbeit zurückkehren. Darauf fand heute nachmittag eine Versammlung der Werksbesitzer statt, welche beschloß, ohne irgend eine Konzession alle Arbeiter wieder aufzunehmen, sofern dieselben bis zum 16. d. M. sich zur Wiederaufnahme der Arbeit melden. Die Arbeiter-Deputation versprach, diesen Beschluß den Streikmittes mitzuteilen.

Garmang, 12. März. (W. S. W.) Zwischen anständigen und nichtausständigen Arbeitern fanden gestern abend einige Zusammenstöße statt; drei Personen wurden verwundet.

Reichstag.

163. Sitzung vom Montag, 12. März 1900, 1 Uhr.

Am Bundesratsitz: Herr v. Thielmann, Dr. Koch. Nach dem Beschlusse der Erledigung einiger Rechnungssachen beginnt die zweite Beratung des Münzgesetzes.

Artikel I bestimmt, daß goldene Fünfmarkstücke auf Anordnung des Bundesrats mit einer Einlöschungfrist von einem Jahre außer Kurs zu setzen sind. Die Bekämpfung über die Aufhebung ist durch das Münzgesetzblatt sowie durch die zu den amtlichen Bekanntmachungen der unteren Verwaltungsbehörden dienenden Tageszeitungen zu veröffentlichen.

Damit wird die Beratung der folgenden von der Kommission beantragten Resolution verbunden.

„Den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, bei Neu-Ausprägung von Reichs-Geldmünzen auf eine vermehrte Ausprägung von Kronen hinzuwirken.“

Ebenso wird damit die Beratung des Artikels 4a verbunden. Nach ihm soll der Gesamtbetrag der Reichs-Silbermünzen bis auf weiteres 15 Mark (Regierungsvorlage 14 M.) für den Kopf der Bevölkerung des Reichs nicht übersteigen.

Bei Neuprägung dieser Münzen sind Landes-Silbermünzen (Thaler) insoweit einzuziehen und zu veräußern, als die hierdurch entstehenden Verluste in dem aus den Neuprägungen sich ergebenden Münzgewinne Deckung finden.“

Dazu beantragt der Abg. Herold (C) den 2. Absatz folgendermaßen zu fassen: „Zur Neuprägung dieser Münzen sind Landes-Silbermünzen insoweit einzuziehen, als solche für die Neuprägung und deren Kosten erforderlich sind.“

Der Abg. Schwarz (C) hatte folgende Fassung beantragt: „Zur Neuprägung dieser Münzen sind Silberbarren anzulassen.“ Er zieht diesen Antrag jedoch zurück.

Abg. Dr. Arendt (Sp.):

Meine Freunde haben sich in der Kommission bemüht, dem Gesetz eine für uns annehmbare Gestalt zu geben, leider ist uns das nicht gelungen; wir haben aber auf Einbringung neuer Abänderungsanträge verzichtet. Gegen den Artikel I haben wir nichts einzuwenden und er wird wohl auch zur einstimmigen Annahme gelangen. Was die Resolution anlangt, so ist sie in der Kommission nur mit 7 gegen 6 Stimmen angenommen. Ich betrachte die Befestigung der Fünfmarkstücke als im Interesse der Reichsbank liegend. Das Fünfmarkstück ist ja gewiß ein bestes Geldstück, aber doch nur für die wohlhabenden Leute, zu Lohnzahlungen an die Arbeiter ist es sehr ungeeignet. Die Neuprägung von Goldstücken würde auch den Goldbestand der Reichsbank vermindern und damit zu Diskontierungen führen. — Die Einziehung der Thaler zu Gunsten der Zwei- und Fünf-Markstücke ist ganz verfehlt. Wie unbeliebt die letzten Geldstücke im Publikum sind, geht aus der Thatsache hervor, daß der Bestand der Reichsbank von Zwei- und Fünf-Markstücken beträchtlich gestiegen ist. Wir müssen uns auch fernerhin bemühen, unsere nationalen Geldmünzen unabhängig zu haben. Ich würde schließlich noch mein Bedauern darüber äußern, daß der Antrag Schwarz, der zwischen den verschiedenen Auffassungen zu vermitteln geeignet war, zurückgezogen ist. Ich bitte den Herrn Präsidenten, den Antrag als von mir wieder aufgenommen zu betrachten.

Abg. Reich (C):

Wir stimmen der Einziehung der goldenen und silbernen Fünfmarkstücke zu; haben aber gegen die Befestigung der Thaler die allergrößten Bedenken. Für den Antrag Schwarz, der nun von Herrn Dr. Arendt wieder aufgenommen ist, werden wir stimmen.

Abg. Herold (C):

Wir sind der Ansicht, daß die Währungsfrage mit diesem Geleitentwurf nichts zu thun hat. Daher werden auch diejenigen meiner Freunde, die Gegner der Geldwährung sind, für das Gesetz stimmen. Was die Thaler anlangt, so sind wir der Meinung, daß sie in unser heutiges Münzsystem nicht hineinpaffen. Unser Antrag bezweckt, den jetzigen Silberbestand unverändert zu belassen und ich bitte Sie, ihn anzunehmen. Der Antrag meines Kollegen Schwarz wurde zurückgezogen, weil die Regierung dafür nicht zu haben ist. Wenn Dr. Arendt ihn jetzt wieder aufgenommen hat, so hätte er besser, statt dessen gegen das ganze Gesetz zu stimmen.

Abg. Reich (C):

Wir stimmen der Einziehung der goldenen und silbernen Fünfmarkstücke zu; haben aber gegen die Befestigung der Thaler die allergrößten Bedenken. Für den Antrag Schwarz, der nun von Herrn Dr. Arendt wieder aufgenommen ist, werden wir stimmen.

Abg. Herold (C):

Wir sind der Ansicht, daß die Währungsfrage mit diesem Geleitentwurf nichts zu thun hat. Daher werden auch diejenigen meiner Freunde, die Gegner der Geldwährung sind, für das Gesetz stimmen. Was die Thaler anlangt, so sind wir der Meinung, daß sie in unser heutiges Münzsystem nicht hineinpaffen. Unser Antrag bezweckt, den jetzigen Silberbestand unverändert zu belassen und ich bitte Sie, ihn anzunehmen. Der Antrag meines Kollegen Schwarz wurde zurückgezogen, weil die Regierung dafür nicht zu haben ist. Wenn Dr. Arendt ihn jetzt wieder aufgenommen hat, so hätte er besser, statt dessen gegen das ganze Gesetz zu stimmen.

Reichskanzler Thielmann laut der Tribüne sehr schwer verständlich

bittet, den Antrag Herold abzulehnen, da er keine Verbesserung der Vorlage bedeute. Gegen den von Herrn Arendt wieder aufgenommenen Antrag muß ich mich ganz entschieden wenden, da er das Prinzip der Vorlage vollkommen umstürzt.

Abg. Schönlank (Zoc):

Ich halte es für überflüssig, auf die Ausführungen des Abg. Arendt einzugehen, da wir die Rede des Herrn Abg. Arendt schon seit 15 Jahren ununterbrochen hören. (Heiterkeit.) Das Wässerschen fließt halt so, weil es so hergebracht ist. Meine Freunde geben dem Geleitentwurf ihre Zustimmung, weil er die Möglichkeit giebt, von der hintenden Geldwährung zur reinen Goldwährung überzugehen. Ich habe meinen Ausführungen von der ersten Sitzung nichts hinzuzufügen und nur zu erklären, daß wir auch, was den Artikel IV anlangt, zwar die Regierungsvorlage vorziehen würden, da aber der Antrag nichts am Geiste des Gesetzes ändert, so werden wir ihm zustimmen.

Abg. Büsing (natl.):

Was die vorliegende Resolution anlangt, so haben wir sie in der Kommission beschlossen, weil von einer großen Zahl von Handelskammern der Wunsch ausgesprochen wurde nach einer Vermehrung der Fünfmarkstücke. Auf eine währungs-politische Debatte will ich mich nicht einlassen. Ich will nur darauf hinweisen, daß die Goldwährung bis jetzt tadellos funktioniert und daß sie uns unsere Nachbarn auch nachgemacht haben. Was die Einziehung der Thaler anlangt, so soll das Gesetz nur den gegenwärtigen Prozeß etwas beschleunigen. Die Erhöhung des Gesamtbetrags der Reichs-Silbermünzen pro Kopf von 14 M. auf 15 M. hat die Kommission nur beschlossen, um dem heut schon bestehenden Bedürfnis nachzukommen. Auch meine Freunde haben nichts gegen den Antrag Herold einzuwenden und werden für Artikel IV in der von ihm vorgeschlagenen Fassung stimmen.

Reichsbankpräsident Koch

tritt der Behauptung des Abg. Arendt gegenüber, daß die Zwei- und Fünfmarkstücke unbeliebt seien. Der Abg. Arendt läßt sich auf die Berichte vom Dezember der verschiedenen Jahre. Da müssen aber die Bestände an Reichsmünzen höher sein als an Thalern, wegen der Neuprägung. Aus der Höhe des Diskontsatzes kann man nicht folgern, daß der Zeitpunkt für das Gesetz schlecht gewählt ist. Diese Höhe ist auf den wirtschaftlichen Aufschwung überhaupt zurückzuführen, nicht aber auf nicht ausreichende Metallbedeutung.

Abg. Fischbeck (fr. Sp.):

Wir haben uns auch entschlossen, für den Antrag Herold zu stimmen. Weitere Veranlassung, auf die bisherige Debatte einzugehen, liegt für uns nicht vor.

Abg. Herr v. Schele-Wundt (Welfe)

wünscht die Schaffung eines 25-Pfennigstücks. Die Doppelwährung wird wiederkommen. Einseitig kann sie freilich nicht eingeführt werden. Sie liegt aber im Interesse aller Erwerbsstände. Ich bitte Sie, das Gesetz abzulehnen oder den Antrag Arendt anzunehmen.

Abg. Brömel (fr. Sp.):

Die Vorlage bedeutet einen großen Fortschritt. Für den Antrag Herold werden wir nicht stimmen. Sollte er aber angenommen werden, so werden wir deshalb nicht gegen das ganze Gesetz stimmen.

Abg. v. Kardorff (Sp.):

Der kleine Mann wird durch die Vorlage geschädigt. Es werden ihm nur 20 M. in Silber abgenommen werden, das übrige wird er in Gold anschaffen müssen. Das wird große Schwierigkeiten im Kleinerverkehr geben. Und der Kleinerverkehr ist, wie Adam Smith schon richtig gesagt hat, der eigentliche große Verkehr. Herr Büsing sagt, die Goldwährung habe sich bewährt. Ja, sind denn 90 Jahre ein Beweis für solche Behauptungen? Zudem ist mitten im tiefsten Frieden der Bankdiskont auf 7 Proz. gestiegen. Das nennt Herr Büsing ein Bewähren der Goldwährung; ich nenne das nicht so. Unter der Leitung des Reichsbank-Präsidenten Koch sind wir in unserem Bankwesen zu ganz unzulässigen Zuständen gekommen. (Präsident Koch lacht laut, lachen links.) Wir werden natürlich auch für den Antrag Herold stimmen, der immerhin eine Verbesserung der Vorlage bedeutet.

Abg. Reich (C):

Ich wünsche der jetzigen Goldwährung ein recht langes Leben, aber andererseits kann ich mir wohl denken, daß man später einmal zu einer andren Währung übergehen wird. Ich wünsche statt der vermehrten Ausprägung von Fünfmarkstücken mehr Zweimarkstücke.

Abg. Dr. Dahn (wiltl.):

Daß die Herren Büsing und Brömel noch wie vor von der Vorteilhaftigkeit der Goldwährung überzeugt sind, wundert mich. Die Probe auf die Goldbarkeit unserer Währung ist ja erst in Kriegszeiten zu machen. Redner polemisiert gegen die Bankpolitik des Reichsbank-Präsidenten. Was die heute inance nicht mehr an neuen Gründungen verdienen kann, will sie jetzt durch die Hochzinspolitik heraus schlagen. Herr Koch steht mit dieser heute inance in Verbindung. Die Diskontpolitik der Reichsbank ist total verfehlt. Die Prophezeiungen des Herrn Koch sind bisher nicht eingetroffen.

Nach weiteren Bemerkungen des Abg. Camp und Arendt wird die Diskussion geschlossen.

Präsident Graf v. Valkstrem:

Ich schlage dem Hause vor, die Abstimmung über die Artikel I und IV bis zu einem späteren Zeitpunkt zu verschieben.

Abg. Arendt (Sp):

erhebt dagegen Widerspruch, der je nach dem Ausfall der Abstimmung über Artikel IV noch einen Artikel in die Vorlage einzufügen beabsichtigt.

Bei der Abstimmung wird dem Vorschlag des Präsidenten gegen einen Teil der Stimmen der Reichspartei zugestimmt und die Abstimmung über die Artikel I und IV bis auf einen späteren Zeitpunkt ausgesetzt. Ebenso wird die Abstimmung über die Artikel II und III (Ausperturgesetz der silbernen und Nickel-Zwanzigpfennigstücke, ersteres nicht vor dem 1. Januar 1902, letzteres nicht vor dem 1. Januar 1903), zu denen niemand das Wort verlangt, ausgesetzt.

Hierauf beantragt der Abg. Dr. Arendt (Sp.) folgenden Art. IVa: „Niemand ist verpflichtet, silberne Fünfmarkstücke im Betrag von mehr als 1000 Mark und die übrigen Reichs-Silbermünzen im Betrag von mehr als 50 Mark in Zahlung zu nehmen.“

Abg. Dr. Arendt (Sp.):

bittet, diesen Antrag anzunehmen; er solle seinen Freunden vor allem Gelegenheit geben, die Währungsfrage auch nach Zuständekommen dieses Gesetzes in Fluß zu halten. Ich halte diesen Artikel für so wichtig, daß ich im Falle der Annahme des Artikel IV unter Ablehnung meines Antrags, beantrage diesen Artikel IVa an die Kommission zurückzuerweihen.

Das Wort wird nicht weiter verlangt. Die Abstimmung über diesen neuen Artikel wird ebenfalls ausgesetzt, ebenso über Artikel V.

Artikel VI ist von der Kommission neu eingefügt worden. Er lautet:

Der Artikel 11 des Münzgesetzes vom 9. Juli 1873 (Die Verfertigung silberner als Denkmünzen auszuprägen, erlischt mit dem 31. Dezember 1873) ist aufgehoben.

Dem Artikel III § 2 dieses Gesetzes wird folgender Absatz 2 beigelegt: Der Bundesrat wird ermächtigt Fünfmarkstücke und Zweimarkstücke als Denkmünzen in anderer Prägung herzustellen zu lassen.

Abg. Fischbeck (fr. Sp.) hält es für bedenklich, dem Bundesrat diese Vollmacht zu geben. Es ist gesagt worden, diese Bestimmung solle das Kunstgewerbe anregen. Nach den Erfahrungen, die wir aber in dieser Richtung beim Postwesen gemacht haben, halte ich es nicht für angebracht. Es liegt auch die Gefahr vor, daß solche Denkmünzen nicht nur bei großen nationalen Anlässen, sondern bei jeder möglichen Gelegenheit angeprägt werden.

Abg. Reich (C): Ich habe den Beschluß der Kommission mit Freuden begrüßt und hoffe, daß nur bei großen nationalen Ereignissen solche Denkmünzen ausgeprägt werden.

Reichs-Schatzsekretär Herr v. Thielmann: Ich bitte, den ersten Absatz des Kommissionsbeschlusses nicht anzunehmen. Gegen den zweiten Absatz habe ich nichts einzuwenden.

Abg. Camp (Sp.): Es besteht ohne Zweifel ein Bedürfnis nach solchen Denkmünzen. Besonders erfreulich wäre es, wenn das Bildnis des Kaisers Friedrich mehr in die Bevölkerung käme. Denkmünzen mit seinem Bildnis werden jetzt schon mit großem Aufschlag bezahlt. Finanziell würde das Reich dabei ein sehr gutes Geschäft machen und ich begreife nicht, wie die Herren, die die Thaler so gern los sein möchten, sich gegen diese Bestimmung wenden: Die Thaler würden doch gerade durch solche Denkmünzen noch mehr beiseite gedrängt werden.

Damit schließt die Diskussion. Die Petitionen werden durch die vorangegangene Beratung für erledigt erklärt. Sämtliche Abstimmungen bleiben ausgesetzt.

Hierauf verläßt sich das Haus.

Nächste Sitzung: Dienstag 1 Uhr (Rechnungssachen, dritte Beratung der lex Heinze. Die heute ausgesetzte Abstimmung über das Münzgesetz.)

Schluss 5 Uhr.

Partei-bureau.

Das Partei-bureau befindet sich vom 14. März ab nicht mehr Kaybachstraße 9

Kreuzbergstraße 30.

Die Parteigenossen werden darauf aufmerksam gemacht, bei ihren Zuschriften an den Parteivorstand den Adressenwechsel zu beachten. Die Adresse für den Parteivorstand lautet vom 14. März ab:

J. Auer, Berlin SW, Kreuzbergstraße 30.

Zuschriften oder Geldsendungen an den Parteikassierer A. Gerisch

sind ebenfalls Kreuzbergstraße 30 vom 14. März ab zu adressieren.

Berlin, den 10. März 1900.

Der Parteivorstand.

Der erste Kongreß deutscher Rechtskonjulenten

(sah am 12. März in den Arminkassen statt. Es sind auf demselben Vertreter aus folgenden Orten anwesend: Altona, Berlin, Bonn bei Leipzig, Erfurt, Halle a. S., Riga, Dresden, Schönberg und Zandau.

Die Ursache zur Einberufung des Kongresses ist ein Erlaß des preussischen Justizministers Schöndorf vom 25. September 1899 zu § 157 Absatz 4 der Zivilprozess-Ordnung betreffend die Zulassung der Rechtskonjulenten zu mündlichen Verhandlungen vor den Gerichten. Danach soll die Zulassung derselben in das Verzeichnis des Landesgerichts-Präsidenten gestellt werden und von der Prüfung der Bedürfnisfrage abhängen. Es liegt diese Auslegung im direkten Widerspruch zu der seiner Zeit bei der Beratung im Plenum des Reichstags gegebenen Begründung des fraglichen Paragraphen. Der Kongreß nimmt zu diesem Punkt nachstehende Resolution einstimmig an: „Der Kongreß ist bedauert, daß dem § 157, Abs. 4 der Zivilprozess-Ordnung durch den Erlaß des Herrn preussischen Staats- und Justizministers eine andre Auslegung gegeben worden ist, als der Reichstag es bei Annahme des gedachten Paragraphen beabsichtigte. Der Kongreß bedauert diesen Erlaß, legt gegen denselben im Interesse einer großen Anzahl redlicher Rechtskonjulenten Verwahrung ein und bittet den deutschen Reichstag, dahin wirken zu wollen, daß seinen einmal gefassten Beschlüssen Rechnung getragen wird. Die Bundesregierungen anzuweisen, die Bedürfnisfrage bei der Entscheidung über die Zulassung nicht in Betracht zu ziehen und dem nachsuchenden die Befugnis zum Verhandeln vor Gericht zu erteilen, sofern diesem die Ausübung des Gewerbes als Rechtskonjulent von der zuständigen Behörde erteilt ist.“

In der Debatte über diese Resolution wird auch das Verhalten des Vorstands des Innungsverbands von verschiedenen Rednern bemängelt, da derselbe, anstatt den Erlaß mit allen zulässigen Mitteln zu bekämpfen, sich auf die Abfertigung einer Petition beschränkt hat. Die Delegierten von Berlin und den Nachbarorten regen deshalb die Frage der Reorganisation des gesamten Verbands an. Weiter wurde für notwendig anerkannt, unläutere Elemente, besonders befristete Personen, mit Hilfe der Polizei und der Gesetzgebung von dem Verbands fern zu halten.

Die Beratungen über diese Angelegenheit endigten mit der Annahme einer Resolution, in welcher das Bureau des Kongresses beauftragt wird, die Organisations- und die sonstigen Verordnungen auf dem zu Oeffen in Berlin stattfindenden Verbandstage des Innungsverbands mit dem Verbandsvorstande zu regeln. Ferner der letztere eine Regelung dieser Frage ab oder sollte die Beratungen zu keinem befriedigenden Ergebnis führen, dann beabsichtigen die norddeutschen Verbandsorgane, mit der Gründung einer Organisation auf freier Grundlage vorzugehen. Diesem wurde auch von einem Teil der übrigen Delegierten zugestimmt.

Damit fanden die Verhandlungen ihren Abschluß.

Die Kunst und die lex Heinze.

Die lex Heinze hat es zuwege gebracht, daß auch unsere Intellektuellen sich rühren. Wenn das auch nicht mit dem grandiosen Glanz geschieht, wie bei den temperamentvolleren Romanen zur Zeit der Dreyfuß-Affaire, wenn bei uns auch kein Jola sein „J'accuse“ gegen die Dunkelmänner schallend und keine Soverine die zarte Hand zur Faust ballt, so ist es doch immerhin schon sehr erfreulich, wenn Herr Sudermann von dem Verfasser der stillen Dichterlaune spricht, wenn unsere Künstler, und was sich dazu rechnet, auch einmal das Wort „Politik“ gebrauchen lernen, ohne hochmütig die Achseln zu zucken.

Kun, trenen wir uns, daß jetzt endlich auch bei uns einmal der Intellekt erwacht ist, und wenn, wie das bei deutschen Intellektuellen nur einmal nicht anders ist, allerdings Absonderlichkeiten dabei mitunterlaufen — z. B. die Ausschließung der Frauen von der am Freitag in der Philharmonie projektierten Versammlung —, so wollen wir doch einfließen nur darauf Rücksicht legen, was uns eintr. Und da sind uns die Protest-Versammlungen, die jetzt in so großer Zahl einberufen werden, äußerst willkommen, und man darf nicht gleich unmutig werden, wenn einmal etwas mißfällt, wie legihm die Versammlung in der Philharmonie. Die Leute beherrschen eben noch nicht die Technik der Sache. Sorgen wir dafür, daß ihr Eifer nicht nachläßt; dann werden sie schon von selbst sich größere Gewandtheit aneignen.

Die Versammlung, die Sonntagmittag in den Germania-Sälen stattfand, war sehr gut besucht, wenn auch nicht so überfüllt, wie die vor einer Woche. Sie stand aber auf einem hohen Niveau. Der Vortragende, Prof. Bruno Meyer, beschränkte sich nicht darauf, bloß die Kunst-Paragrafen der lex Heinze lächerlich zu machen, sondern er beleuchtete den reaktionären Geist, der die ganze Vorlage überhaupt möglich gemacht hat und der grade in den Zuhälter- und Prokuratoren-Paragrafen, die die Herren von der Kunst neuzeitlich ganz ignoriert hatten, genau so in die Erscheinung tritt, wie in den Bestimmungen über das Auslöschung in Kunstwerken. Der Vortragende charakterisierte diesen Geist ganz mit Recht als denjenigen, der aus der verflochtenen Umstrick-Vorlage, dem Zedlitzschen Schulgesetz und vor allem aus der lex Kronz, dieser geradezu schamlosen Vergewaltigung der Wissenschaft, spricht. Er stellte die Alternative: Entweder modernes Kulturbild oder zurück in den allezeitigmachenden Schoß der Kirche! Wofür sich die Versammlung entschied, war leicht zu sehen aus den entzückten Japsen bei Erwähnung der lex Kronz, und als der Vortragende die Wirksamkeit der „zum Saug der geistig Schwachen getroffenen“ Bestimmungen für die Hebung der Stillschick des Höheren unterrichtete.

Der Direktor des Schiller-Theaters, Herr Dr. Löwenfeld, zeigte darauf in einigen treffend gewählten Beispielen, wie die Regierung jetzt bereits für diese Volksbildung sorgt, indem sie der Polizei die geistige Leitung des Theaterwesens in die Hände giebt. Der Redner forderte schließlich alle Anwesenden auf, dem neuen Goethe-Bunde beizutreten. Er sagte ganz mit Recht: Der Kampf gegen die Heinze-Männer muß organisiert werden!

Der freimüthige Landtags-Abgeordnete und freileibliche Bedienter Sänger entsefelte sodann den stämmigen Beifall der Zuhörerschaft, indem er ein wenig die Tendenzen unserer ganzen Regierungs-politik darlegte.

Wiltbauer Reinhold machte noch darauf aufmerksam, wie tief wir doch heruntergekommen sein müssen, wenn selbst der Regierungsvorsteher, Staatssekretär Nieberding, der Reichstagskommission gegenüber den aufgeregten Standpunkt vertreten mußte. Er gab sodann folgende Probe von der befehlenden Macht der Kirche zum Besten: Einem Kollegen von der Bildhauerei, einem frommen Katholiken, ist im Verdacht von seinem Verdienste gesagt worden: „Mit dem Nachten dürfen Sie sich aber nicht beschäftigen, sonst bekommen Sie von der Kirche jedenfalls keine Aufträge mehr.“ Der Mann ist nicht wieder zur Beichte gegangen.

Die Stimmung der Versammlung wurde leider etwas getrübt, als ein Arbeiter à la Chriftilien Verein junger Männer gegen den Materialismus und die Immoralität des Theaters zu Felde zog. Um zu beweisen, daß nicht alle den Arbeiterstände Angehörigen diese Anschauungen haben, nahm nun Genosse Reichstags-Abgeordneter Eck das Wort. Er legte dar, ohne die Anwesenden im parteipolitischen Sinne beeinflussen zu wollen, daß die Sozialdemokratie sich stets in den Dienst jeder Kulturbewegung gestellt habe, und wenn er auch hier, wo es sich um einen Kampf um die höchsten Güter des Volks, um Kunst und Wissenschaft handelt, beiseite den Künstlern und Wissenschaftlern den ersten Platz einräumte, so gab er doch die Versicherung ab, daß sie in der Arbeiterbewegung stets ihren stärksten Rückhalt finden würden, wenn und wo sie ihn brauchten. Wir sind

Erster Verbandstag des Verbands deutscher Gastwirtsgehilfen.

Die Debatte über den Geschäfts- und Kassenbericht des Vorstands nahm den Rest der Sonnabend- und einen Teil der Sonntags- frage in Anspruch. Anstellungen von wesentlicher Bedeutung wurden an der Tätigkeit des Vorstands nicht gemacht. Es handelte sich zumeist darum, welche Art der Agitation mit Rücksicht auf die eigenartigen Verhältnisse im Gastwirtsgebetriebe die geeignetste sei. Einzelne süddeutsche Delegierte meinten, man dürfe den sozialdemokratischen Standpunkt nicht allzusehr betonen, überhaupt müsse das Politische, wenn die gewerkschaftliche Propaganda Erfolg haben sollte, aus dem Verband fern gehalten werden. Mit besonderer Energie vertrat ein als Gast anwesendes Kölner Mitglied diesen Standpunkt. Daraus erwiederte der Verbandsvorsitzende Bösch: Es sei selbstverständlich, daß die gewerkschaftliche Agitation nicht politischen Zwecken zu dienen habe. Jedoch dürfe man nie vergessen — und das müsse auch bei der Agitation betont werden — daß der Verband sich von andern Arbeitervereinen dadurch unterscheidet, daß er eine Interessens- harmonie zwischen Unternehmer und Arbeiter nicht anerkennt, und in dieser Hinsicht also auf dem Boden der Sozialdemokratie stehe. Wenn die Gewerkschaft, obwohl sie nicht politisch sei, von den Gegnern als sozialdemokratisch bezeichnet werde, so brauche man darauf durchaus keine Rücksicht nehmen, oder gar in übertriebener Angstlichkeit fürchten, sich zu den Prinzipien der Klassenbewußten Arbeiterbewegung zu bekennen. Dieser Ansicht pflichteten auch die übrigen Mitglieder der Hauptverwaltung, sowie die meisten Delegierten bei.

Der Hauptverwaltung wurde einstimmig Decharge erteilt. Den Bericht über das Verbandsorgan „Der Gastwirtsgehilfe“ erstattete der Redacteur Wegener in Berlin. In der Debatte rügten sowohl die Mitglieder der Hauptverwaltung wie auch verschiedene Delegierte, daß im Verbandsorgan allzu drastische Strafanträge gebraucht würden, die unbedeutend der prinzipiellen Haltung des Blattes sowie der sachlichen Schärfe der Kritik unterbleiben könnten.

Eine Resolution, die zu diesem Punkt angenommen wurde, wünscht, daß derartige Strafanträge nicht mehr gebraucht werden, und daß die Kollegen sich an der Mitarbeit durch Einsendung von Material zu sachgewerblichen Artikeln beteiligen.

Die Sitzung am Sonntag endete mit einem Referat Böschs über die Aufhebung des Verbindungsverbot und die Rechtsfähigkeit der Vereine.

Der Referent führte aus: Auch nach Aufhebung des Verbindungsverbot stehen der politischen Betätigung der Gewerkschaften gesetzliche Hindernisse im Wege, da Frauen und Lehrlinge — in manchen Bundesstaaten auch Minderjährige — nicht Mitglieder politischer Vereine sein dürfen. Es empfiehlt sich daher, die bisherige Taktik beizubehalten. Die Erlangung der Rechtsfähigkeit auf Grund des Bürgerlichen Gesetzbuchs bietet den Gewerkschaften zwar Vorteile, bringt aber andererseits so erhebliche Nachteile mit sich, daß es im Interesse der Gewerkschaften liege, die Rechtsfähigkeit nicht nachzusuchen.

Am Montag wurde zunächst folgender Antrag ohne Debatte angenommen:

Der Verbandstag erklärt: Die Aufhebung des § 8 des Vereinsgesetzes ist für uns kein Grund, unsre Taktik zu ändern. Ferner beschließt der Verbandstag: Die Rechtsfähigkeit für unsren Verband nicht zu erwerben.

Hierauf folgte die Beratung von Statutenänderungen, die nicht von wesentlicher Bedeutung sind. Dann wurde ein ausführliches Streifenreglement angenommen, worin die Streitunterstützung pro Tag auf 1,50 M. festgesetzt ist und den Verheirateten außerdem für jedes Kind wöchentlich 1 M. zugewilligt wird.

Ferner wurde folgender Antrag angenommen: Um einen einheitlichen Lohnsatz als Grundlage für die Rechtsprechung der Gewerkschaft zu schaffen, ist es notwendig, daß ein den örtlichen Verhältnissen entsprechender Mindestlohn festgesetzt wird, welcher mit einem Begleitschreiben dem Vorsitzenden sowie den Obmännern der Arbeitnehmer- und Arbeitgeber-Verseiner eines jeden Gewerkschaftsgerichts zugestellt ist.

Weiter nahm der Verbandstag eine Sympathie-Erklärung zu Gunsten des Streiks der Berliner Holzarbeiter an und bewilligte den Streikenden als erste Rate 100 M.

Der Verbandsauswahlschuss soll von den Mitgliedern der Zahlstellen Hamburg, Altona und Wandlitz bestimmt werden.

In den Hauptvorstand wurden wiedergewählt Bösch als Vorsitzender und Ströhlinger als Kassierer.

Damit ist die Tagesordnung erledigt.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Parteierversammlungen in den Vororten. In Tempelhof findet heute abend 8 Uhr bei Gerth, Dorstr. 18, eine Versammlung des Arbeiter-Bildungsvereins statt. Da wichtige Angelegenheiten zu erörtern sind, ist ein zahlreiches Erscheinen der Genossen notwendig. — Im Verein Vorwärts zu Rixdorf, Bergstr. 151, bei Kaufner hält heute abend Reichstags- Abgeordneter Bauer einen Vortrag: Warum muß die Sozialdemokratie siegen?

Zweiter Wahlkreis. Genossen! Wie Euch bekannt ist, hat die letzte Generalversammlung des Wahlvereins eine Statutenänderung beschlossen. Danach soll der Kreis in Bezirke eingeteilt werden, um so eine leichtere und wirksamere Agitation zu erzielen. Diese Einteilung und Belegung der Bezirke hat bis jetzt nicht in dem Maße erfolgen können, wie es für notwendig erachtet werden muß. Zum größten Teil ist die Ursache darin zu suchen, daß die Wohnungen der Mitglieder nicht genau festgesetzt werden konnten und wir so verhindert waren, mit den einzelnen Mitgliedern Rücksicht zu bekommen. Um diesen Mangel zu beseitigen, hat sich der Vorstand veranlaßt gesehen, einen neuen Weg einzuschlagen. Jedoch ist hierzu erforderlich, daß jedes einzelne Mitglied sich der Pflicht bewußt ist, den Vorstand bereitwillig zu unterstützen. Es liegen zu diesem Behufe auf jeder Zahlstelle 14 Tage lang gedruckte Karten aus, welche so eingeteilt sind, daß sie wichtige für die Agitation bestimmte Fragen enthalten und von jedem Mitgliede persönlich ausgefüllt werden müssen. Nach Ablauf dieser Zeit hofft der Vorstand Material in den Händen zu haben, auf Grund dessen endgültig die Einteilungen, welche in der Generalversammlung ausgeprochen worden sind, erfüllt werden können. Also Genossen, thue ein jeder seine Pflicht, damit keinem Mitgliede der Vorwurf der Unentschiedenheit, der Interesslosigkeit gemacht werden kann! Der Vorstand.

Gemeindevahlen in den Vororten.

Charlottenburg. Eine Stadiverordneten-Erwahl- wahl ist infolge der Mandatsniederlegung des konservativen Stadiverordneten Krebs vom 1. Wahlbezirk der III. Abteilung für den Rest der Wahlperiode bis 31. Dezember 1900 vorzunehmen. Die Wahl findet statt am Freitag, den 30. März, von vormittags 10 Uhr bis abends 8 Uhr, im Restaurant Trielhof, Sophie-Charlottenstr. 94. Das Wahllokal wird um 8 Uhr abends geschlossen. Dann werden nur noch diejenigen Wähler zur Stimmabgabe zugelassen, die vor Ablauf dieser Stunde im Wahllokal anwesend waren. Bei der letzten Wahl, am 7. November d. J., machten im ersten Bezirk von 4000 eingeschriebenen Wählern 1248 von ihrem Wahlrecht Gebrauch, und zwar stimmten 455 für den sozialdemokratischen, 790 für den gemeinsamen bürgerlichen Kandidaten.

3 Stimmen waren gesplittet. Von 1897—1899 hat sich die Zahl der sozialdemokratischen Stimmen in diesem Bezirk mehr als verdoppelt.

Dahlemb. Die Wahl eines Gemeindevorstandes der dritten Wählerklasse findet nach amtlicher Bekanntmachung am Mittwoch, den 14. März, von vormittags 9 bis nachmittags 3 Uhr, im hiesigen Amtsbureau statt. Pflicht eines jeden Wählers der dritten Abteilung ist es, einen Arbeitervertreter in das Dorfparlament zu wählen. Genossen, seid pünktlich zur Stelle. Steuerzettel, Militärpapiere usw. legitimieren. Das Wahlkomitee.

Lichtenberg-Friedrichsberg. Zur Vornahme der Ergänzungswahlen für zwei auscheidende Vertreter der hiesigen Gemeindevertretung ist wie folgt Termin anberaumt worden: a) für die dritte Klasse (II. Bezirk) am Montag, den 19. März d. J., von vormittags 11 bis abends 8 Uhr, im Panteonschen Schanklokal, Frankfurter Allee 174. — An diesem Tage werden zwei Kandidaten, und zwar der Restaurateur Oswald Grauer und der Zeitungspediteur Karl Wolf von der hiesigen organisierten Arbeiterkassette zur Wahl präsentiert. Die Ergänzungswahl für Herrn Grauer im zweiten Bezirk der dritten Klasse findet statt am Dienstag, den 20. März d. J., von vormittags 11 bis abends 8 Uhr, im Panteonschen Schanklokal, Frankfurter Allee 174, und wird hier als Kandidat der Arbeiterkassette von den Arbeitern aufgestellt. — Genossen, Arbeiter! Wie Ihr seht, wird an Euren Opfern eine große Anforderung gestellt: In zwei Tagen müßt Ihr die Arbeit veräumen, wollt Ihr Euren Kandidaten zum Siege verhelfen. Kein Arbeiter darf hier fehlen!

Treptow-Danischshulenberg. Die hiesige Gemeindevahl der dritten Klasse findet nicht, wie irrtümlich mitgeteilt, am Mittwoch, sondern am Donnerstag, den 15. d. M., von nachmittags 3 bis 1/2 Uhr im Lokale von Buchholz, Paradiesgarten, statt. Es ist bei der diesjährigen Wahl von der Gemeindevertretung die Renewierung getroffen worden, daß alle Wähler eine Legitimationskarte zugestellt erhalten sollen. Wer als Wähler bis zum 10. keine Karte erhalten hat, soll sie in der Zeit von 12—3 Uhr selbst abholen! Bedenkt man, daß das Amtsbureau für die meisten Wähler eine halbe Stunde entfernt liegt und erwägt man ferner die ungenügende Zeit der Abholung, so kann man diese Renewierung gerade nicht als praktisch ansehen. Da tatsächlich viele Wähler keine Legitimationskarte erhalten haben, so machen wir darauf aufmerksam, daß trotz alledem jeder Wähler auch mit anderer Legitimation zur Wahl zugelassen ist. Lasse sich niemand durch die unberechtigte Drohung abschrecken, daß er ohne Legitimationskarte zu warten habe. Wer bis um 1/2 Uhr im Wahllokal ist, muß auch zum Wählen zugelassen werden. Wei alledem möge aber ein jeder möglichst rechtzeitig sein Wahlrecht ausüben und dahin streben, daß unsere Kandidaten Gerich und Krebs den Sieg erringen. Das Wahlkomitee.

Stralau. Heute, Dienstag, nachmittags von 5—6 Uhr findet im Stordneß (Gauze) die Wahl eines Gemeindevorstandes der dritten Abteilung statt. Von unserer Seite ist Genosse Gustav Rüge als Kandidat aufgestellt worden. Die kurze Dauer der Wahlzeit erfordert doppelte Aufmerksamkeit, damit uns keine Stimme verloren geht.

Reinickendorf. Parteigenossen! Thut Eure Schuldigkeit, seid sämtlich auf dem Platze, wo es gilt, in der heute zwischen vier und acht Uhr stattfindenden Gemeindevahl unsern Kandidaten, Rädermeister Adolf Langer, zum Siege zu verhelfen. Es kommt auf jede Stimme an!

Die Parteigenossen in den Vororten werden gebeten, uns von dem Ausfall der Gemeindevahl-Wahlen auf dem schnellsten Wege in Kenntnis zu setzen.

Lokales.

Den Hausagrariern, die dank der auf den Besitz zugeschnittenen Kommunalabgabegebühren das Heft in Händen haben, ist es mit heikeln Bemühen gelungen, einen namentlich in sanitärer Hinsicht wertvollen Plan zu Fall zu bringen. Das Nordpark-Projekt ist nämlich gescheitert. Der Magistrat hatte, wie seiner Zeit berichtet wurde, durch die Grundeigentümer-Deputation wegen Erwerbes der zum Nordpark erforderlichen Ländereien mit den Adjacenten verhandeln lassen. Die Forderungen belaufen sich durchschnittlich auf 10 M. per Quadratmeter. Dies ergäbe mehr als 6 Millionen Mark; schätzt man das herzugebende städtische Land ebenfalls auf 10 M., so ergäbe dies eine Summe von 9 895 796 M. für das Gelände, wobei die Abbedeckungsfläche nicht eingerechnet sind. Dabei handelt es sich bei den Adjacenten um Fluglandeberge, die erst fortgelärmt werden müssen, um das Baustellengelände freizulegen. Der Magistrat hält diese Forderung von 10 M. für weit übertrieben und hat deshalb in seiner außerordentlichen Sitzung am Sonnabend beschlossen, das Nordparkprojekt fallen zu lassen und der Stadtverordneten-Versammlung dies zur Kenntnisnahme mitzuteilen.

In der Stadtverordneten-Versammlung würde, wenn auch mit geringer Aussicht auf Erfolg, zu erörtern sein, ob den hausagrariischen Schädlingen nicht mit Zwangsmahregeln beizukommen wäre.

In den hygienischen Vortragskursen, welche die Centralkommission der Kronenassen-Verlins“ veranstaltet, wird in dieser und der nächsten Woche das Thema: „Ansteckende Krankheiten“ behandelt werden. Es kann im Rahmen eines Vortrags selbstverständlich nur das Wichtigste aus diesem umfangreichen Gebiet besprochen werden, und so sind namentlich zwei Krankheiten bezw. Krankheitsgruppen für eine eingehendere Betrachtung auszuheben: die Tuberkulose und die venerischen Krankheiten. Daß die Tuberkulose, als die proletarierkrankheit, gerade in einem für die Arbeiterkassette bestimmten Vortrage einen hervorragenden Platz verdient, ist ohne weiteres klar. Aber auch die venerischen Krankheiten dürfen, angesichts ihrer ungeheuren Verbreitung in allen Volksschichten, nicht unberücksichtigt bleiben. Auch das wichtige Gebiet der „Desinfektion“ — d. h. der Vernichtung der Krankheitserreger — soll ebenfalls an diesem Vortragsabend eingehende Berücksichtigung finden.

Es sprechen über das Thema: Ansteckende Krankheiten (insbesondere Tuberkulose und venerische Krankheiten, Desinfektion) am Donnerstag, den 15. März, Dr. Zabel in der 80. Gemeindevorschule, Wrangelstr. 128, Dr. Blaschke in der 84. Gemeindevorschule, Reibelstr. 31/32, Dr. Paul Richter in der 118./127. Gemeindevorschule, Panstr. 8, und Dr. Below in der 107. Gemeindevorschule, Genthinerstr. 4. Es folgen dann am 22. März die Vorträge der Herren Dr. Lillenthal in der 110./174. Gemeindevorschule, Schönhauser Allee 166a, Dr. Waender in der 189. Gemeindevorschule, Stephanstr. 27, und Dr. Wischowsky in der 40. Gemeindevorschule, Gneisenaustr. 7. Der Besuch der Vorträge ist unentgeltlich. Eine Legitimation ist zum Eintritt nicht erforderlich. Wir teilen anherdem mit, daß bei Gelegenheit dieser Vorträge eine von der Centralkommission“ herausgegebene gemeindevorstandliche Broschüre: Die Geschlechtskrankheiten, ihre Gefahren, Verhütung und Bekämpfung, verfaßt von Dr. A. Blaschke, zur Ausgabe gelangt, welche zum Preise von 10 Pf. käuflich sein wird.

Tischer-Zwangsjungung. Die Wahl der 108 Vertreter zur Jungungsversammlung, welche am 5. März vollzogen wurde, nachdem die erste Wahl für ungültig erklärt worden war, ergab folgendes Resultat: Es wurden 1823 gültige Stimmzettel abgegeben. Gewählt wurden mit 738—744 Stimmen die Kandidaten der „Freien Vereinigung der Holzindustriellen“ der alten Jungung und der mit ihnen verbündeten Vereine, außerdem 5 Kandidaten mit 1318—1322 Stimmen, welche auch von den nicht organisierten Meistern mit aufgestellt

waren. Die Nichtorganisierten, hauptsächlich aus Gegnern der Zwangsjungung bestehend, erhielten 508—582 Stimmen. Die als Sozialdemokraten am heftigsten, auch in den Flugblättern der Schornmacher und ihrer Trabanten bekämpften Kandidaten der Gegner der Zwangsjungung, Luppauer, Apelt und Bege, vereinigten auf ihre Namen 668, 573, 560 Stimmen. Unter den Gewählten befanden sich einige Nichtwählbare, sodah von der Liste der unterlegenen Richtung noch einige Kandidaten als gewählt zu betrachten sind. Wie uns mitgeteilt wird, ist jedoch auch gegen diese Wahl bereits ein Wahlsprotest bei der Gewerbe-Deputation des Magistrats eingereicht worden. Der jetzige Richterstreik hat den Sieg „Schornmacher“ wenn nicht herbeigeführt, so doch wesentlich erleichtert.

Ohne Lockspiegel geht's nicht. Das Polizeipräsidium hat im Auftrage des Ministeriums des Innern die Beschwerde der Berliner Droguisten-Zunung gegen die sogenannten „weiblichen Lockspiegel“ abgelehnt. In der Antwort des Polizeipräsidenten wird die Notwendigkeit der Verwendung von Polizei-Agentinnen betont, der Kernpunkt der ganzen Angelegenheit, die Frage der Verteilung von Gewerbebetrieblen zu Gesetzesvertretungen durch behördliche Organe aber nicht berührt. Die Droguisten-Zunung beantragte deshalb ihren Vorstand, sich mit einer abermaligen Eingabe an das Ministerium zu wenden und die Abschaffung oder Einschränkung des Agentinnenmangels zu verlangen.

Wie mag der verflozene Herr v. Puttkamer über die Raibetät der Droguisten lächeln!

Einen schrecklichen Tod fand vor einigen Tagen ein alter Hospitalist des Friedrich-Wilhelm-Hospitals und Siedehauses in der Preßelstraße. Der Greis nahm ein Bad. Bald wurde die Thür zur Wabefube von dem Wärter, welcher zur Eintragung eines verstorbenen Hospitalisten nach der Leichenhalle beordert wurde, verschlossen. Der Hospitalist, ein gelähmter alter Mann, wollte, nachdem er die Wabefubne bestiegen hatte, noch etwas Wasser einlassen und öffnete den Hahn der Warmwasserleitung. Er war jedoch nicht im stande, den Hahn wieder zu schließen und wurde infolgedessen von dem unablässig zuströmenden heißen Wasser vollständig verbrüht. Auf sein jämmerliches Hilsegeschrei eilten andre Insassen des Hospitals herbei, doch auch diese waren nicht gleich in der Lage, dem Unglücklichen Hilfe zu leisten, weil der Wärter den Schlüssel zur Wabefube mit in die Leichenhalle genommen hatte. Als es endlich gelungen war, die Thür zu öffnen, bot sich den die Wabefube betretenden Personen ein gräßlicher Anblick dar. Der Unglückliche war derart verbrüht, daß man ihm beim Verhören fast die Haut von Leibe abstreifen konnte. Einige Tage später erlosch der Tod ihn von seinen Qualen. Offentlich werden die städtischen Behörden eine strenge Untersuchung einleiten und Sorge tragen, daß die ihrer Obhut anvertrauten alten Leute in Zukunft vor solchen, leicht zu vermeidenden Unglücksfällen bewahrt werden.

In der Straffache gegen den Bankier August Sternberg wegen Sittlichkeitsverbrechens ist nunmehr der Termin der Hauptverhandlung auf Donnerstag, den 20. d. M., morgens 9 Uhr, vor der 9. Strafkammer des Landgerichts I festgesetzt. Den Vorsitz führt, wie bereits erwähnt, Landgerichts-Direktor Weimann; die Anklage vertritt Staatsanwaltschaftsrat Dr. Nomen, die Verteidigung haben neben Justizrat Dr. Sello die Rechtsanwälte Justizrat Kleinholz und Dr. Heinemann übernommen.

Der Schriftsteller und Redacteur Hermann Horn ist hier im 48. Lebensjahre gestorben. Seit 1872 gehörte er ohne Unterbrechung dem Bureau der Oldenburgischen Korrespondenz an, in welchem er sehr bald an leitender Stelle mitzuwirken begann war.

Ein Zusammenstoß zwischen einem wohnsinnig dahinaufenden Dreirad-Automobil und einem Kiebrabfahrer geschah Sonntag-nachmittag am Schildhornberg hinter Westend. Der Zusammenstoß erfolgte bei der Biegung der Chaussee in der Richtung auf Paulshorn. Beide Fahrer wurden von ihren Maschinen herabgeschleudert. Der Architekt Bernhard Richter vom Radfahrerklub „Hohensolern“ erlitt hierbei einen Bruch des linken Oberarms. Der Fahrer des Motors, ein bekannter Sportsman, wurde durch einen Gendarmen festgehalten.

Totgefahren wurde gestern nachmittag um 3 Uhr die 4 Jahre alte Tochter Marie der Kohlenhändler Krügerischen Eheleute aus der Adalbertstraße. Eine Kutsche des Fabrikbesizers Falbe aus der Mantuffelstraße, in der der Brandmeister Baumann saß, fuhr durch die Straße, als das Kind in den Wagen hineinflie. Der Kutscher konnte nicht verhindern, daß die Räder der Kleinen über den Kopf gingen. Baumann brachte das Kind in seine nahe gelegene Wohnung und ließ mehrere Aerzte rufen. Diese konnten aber bei der Schwere der Verletzung nichts ausrichten, das Kind starb unter ihren Händen.

Am Sonntag ist ein Stadibahnzug von einem Schiffe getroffen worden, zum Glück ohne daß jemand verletzt worden ist. Als nachmittags 1/4 5 Uhr der von der Station Grunewald nach Charlottenburg fahrende Stadibahnzug sich etwa in der Mitte zwischen Grunewald und Eichlamy befand, wurde plötzlich die Thürschleife eines Coupés 3. Klasse von einer Angel durchschlagen, die quer durch das Coupé sauste und zum gegenüberliegenden Fenster wieder hinausflog. Die säckerartigen Fahrgäste machten auf der Station Eichlamy von dem Unfall sofort Anzeige, doch war von dem Thäter nichts zu entbenden.

In Sachen des Seidendiebstahls bei Reiblich u. Preuß sind noch fünf Personen verhaftet worden. Nachdem die Fehler Vättgen und Genossen hinter Schloß und Riegel gebracht worden waren, stellte ein gerichtlicher Wächterverstor fest, daß noch eine Riste mit zwei Centner Seide fehlte. Die Kriminalpolizei ermittelte darauf in einer Herberge im Norden der Stadt, daß an dem Einbruch zwei Verbrecher beteiligt waren, von denen man zunächst nur die Vornamen Emil und Paul feststellen konnte. Das Verbrechenalbum ergab, daß diese beiden „Schlächter-Emil“ und „Worbier-Paul“ sein mußten, zwei Verbrecher Hildebrandt, die wegen Diebstahls, Einbruchs und Hehlerei verurteilt und bestraft sind und sich verborgen hielten. Die weiteren Ermittlungen hatten das Ergebnis, daß „Schlächter-Emil“ mit einem Schornmacher Wirth in Verbindung stand. Dieser näherte sich ausfänglich redlich, indem er mit einem Gesellen in der Auguststraße eine Wäschehandlung trieb. Der Gewerbebetriebl war indessen nur ein Deckmantel, da er als Hehler mit Dieben in Verbindung stand. Die drei Personen wurden verhaftet, ebenso der wegen Einbruchs und Hehlerei verurteilte Schneider Reinhold Kühn und ein Schneider Javid, der in einem herrschaftlichen Hause in der Lanzenstraße eine Pförtnerstelle bekleidete.

Der Strampswaren-Fabrikant Wilhelm Dethloff, Schillingstraße 8, in dessen Laden vor einiger Zeit Feuer ausbrach, ist wegen Verdachts der Brandstiftung verhaftet worden. Er hatte sein Warenlager weit über den Wert versichert.

Beim Brande vernünftigt ist der Feuerwehmann Lenzner von der vierten Compagnie. Sonntagabend 11 Uhr kam Koloniestraße 88 in einem jener alten einstöckigen Häuser, wie sie im Norden der Stadt noch häufig vorkommen, ein Dachstuhlbrand aus, während der Eigentümer mit seiner Familie abwesend war. Die Feuerwehre brachte das Feuer rasch zum Stehen. Beim Ausräumen führten zwei Feuerwehrmänner durch die aufgeschichtete Leubede in den Hofraum hinab, wobei der Wehmann Lenzner auf eine anrecht stehende Tonne aufstieg und sich schwere Verletzungen zuzog. — Die fünfte Brandstiftung innerhalb eines Jahres hatte das Haus Brünzen-Allee 70 am Sonntagabend zu verzeichnen. Im Herbst vorigen Jahres wurde der gesamte Dachstuhl des vierstöckigen Vorderhauses eingeschert, während zwei

Bodenbrände und ein Kellerbrand, die böswillig angelegt waren, nach im Entschenden abgelöst werden konnten. Auch diesmal stellte die Feuerwehr Brandleistung fest. — Ein Dachstuhlbrand, der eine große Gefahr in sich barg, kam Sonntagabend 8 Uhr Pflasterstr. 77 aus. Auf dem ausgebeuteten Dachstuhl befanden sich acht Tischlereien, drei Feuersägen, eine Schneidmühle und ein umfangreicher Holzplatz. Die Feuerwehr hatte von vornherein wirksame Anordnungen getroffen, um das Feuer zu lokalisieren, was ihr auch nach eintündiger Arbeit gelang.

Schwere Zusammenstöße mit Straßenbahnwagen waren gestern auf der Tagesordnung: Vor dem Hause Hermannstr. 13 zu Rixdorf wollte ein Bauer mit seinem Gefährt einem Bierwagen ausweichen und geriet dabei mit dem Straßenbahnwagen der Linie Moritzplatz-Anseeblick zusammen. Der Bauer rietete sich durch Abpringen, sein Wagen wurde zertrümmert, und das Pferd geriet unter die Straßenbahn. — Der zweite Zusammenstoß geschah gegen 9 1/2 Uhr zwischen dem Wagen Nr. 1258 und 1577 der Linie Gehndbrücken-Arcuzberg. Der letztere bog von der Leipziger in die Jerusalemstraße ein, ihm entgegen kam der andere Wagen aus der Jerusalemstr. in die Leipzigerstraße gefahren. Dieser hielt nicht, bis Nr. 1577 die Wegung durchfahren hatte, der Wagen sprang über auf das geradeausführende Geleise und beide Wagen fuhren aufeinander los. Es gab einen kräftigen Aufschlag und beide waren am Vorderende erheblich beschädigt.

Nach ein Zusammenstoß wird vom Montagmittag um 1 Uhr aus der Beuthstraße gemeldet. Aus dem Grundstück Nr. 7 wurde ein Kollwagen rückwärts auf die Straße geschoben, wo die Pferde vorgelegt werden sollten. In demselben Augenblick fuhr ein Wagen der Straßenbahnlinie Moritzplatz-Central-Büchhof nach dem Spittelmarkt zu vorüber und der Kollwagen lief auf die rechte Längsseite auf. Die vordere Plattform wurde fast völlig zerstört. Verletzt wurde mit Ausnahme eines Mannes, der von dem Straßenbahnwagen herunterfiel und leichten Schaden erlitt, niemand.

In das Wasser geworfen wurde von Begelagerern der 21 Jahre alte Arbeiter Julius Bösen, der die Nacht zum Montag in heiterer Gesellschaft verbracht hatte und sich am Morgen um 4 Uhr in etwas angetrunkenem Zustand über die Sandbrücke hinweg auf dem Seimwege befand. Hier wurde er von zwei Strolchern, die solche in jener Gegend zur Nachtzeit vielfach umherlungern, angehalten und um Geld angegangen. Er weigerte sich, dem Verlangen der Gefährten zu entsprechen, geriet mit ihnen in eine Handgemenge, wurde überwältigt und kurzer Hand über das Brückengeländer hinweg in das Wasser geworfen. Auf sein Hilfergeschrei näherte sich sogleich ein Schuttmann vom vierten Polizeirevier, der genug zu thun hatte, um den mit den Fäusten kämpfenden Mann herauszuholen, sich daher um die Verbrecher nicht kümmern konnte.

Der Berichtshalter Bennemann vom „Lokal-Anzeiger“ ist, wie dies Blatt mitteilt, gestern gestorben.

Aus den Nachbarorten.

Bei den Gemeinderatswahlen in Adlershof haben unsere Parteigenossen am Montag einen glänzenden Sieg errungen. Der sozialdemokratische Kandidat Wadepuhl erhielt 312 Stimmen, während auf den Gegner nur 51 Stimmen fielen. Auch das ist eine richtige Antwort auf die Gesetzwidrigkeiten, mit denen Amtsvorsteher v. Oppen eine Partei, wie die unsrige, am Siegesmarich hindern will.

Zu dem Gerücht von einem Mord hat der unter eigenhändigen Umständen erfolgte Selbstmord des 54-jährigen Bauwärters Karl Borchardt Veranlassung gegeben. Als gestern morgen kurz vor 7 Uhr Arbeiter des Neubau-Bauwerks 13 in Rixdorf betreten, entdeckte ein Mauerlehrling in dem nach dem Hofe offenen Keller am Fuß der Treppe den Wächter Vorwärts in einer hohen Wühlgrube liegend. Als man bemerkte, daß das ganze Vorderhaus unter Wasser stand, zweifelte man nicht, daß es sich um einen an dem Wächter oder dem Besizer des Hauses verübten Mordhandlung handelte. Die Polizei stellte Befragungen an, die das Resultat ergaben, daß der Wächter freiwillig aus dem Leben geschieden ist. Ein an dem Wächter verübter Mord ist um so mehr ausgeschlossen, als man bei der Leiche keine familiären Wertgegenstände, des Toten Uhr, Sordermomente mit 12,20 M. und alle Papiere vorfand. Vorwärts wurde noch um 1/7 Uhr von Nachbarn gesehen. Gleich nachher wurde die That geschehen sein. Der Verstorbene, der in der Müllersstr. 47 wohnte, hinterläßt Frau und eine erwachsene Tochter. Er trug sich bereits früher mit Selbstmordgedanken. Der Schaden am Hause, das bereits polizeilich abgenommen ist, beträgt nach Schätzung des Besitzers etwa 10.000 M. Die Leberbestimmung rührt von einem Besuch des Wächters her; man vermutet, daß die Verzweiflung über das zu spät bemerkte Unglück den Wächter in den Tod gestrieben hat.

Ein gefährlicher Kinderfreund ist in Charlottenburg nahe beim Hauze Wallstr. 63 auf trügerischer That ertappt und bei der Verfolgung ergriffen worden. Sein Name ist nicht bekannt.

Advent. Von den Nädern eines Vorortzuges ließ sich Sonntagabend ein etwa 20 Jahre altes Mädchen töten. Die Lebensmüde war nachmittags mit ihrem Bräutigam in den nahen Wald spazieren gegangen, wo es zwischen den beiden zu heftigen Auseinandersetzungen kam. Sehr aufgeregt lief sie auf den Bahnkörper, warf sich vor die Lokomotive eines heranrollenden Vorortzuges, dessen Näder über sie hinweggingen und sie zerstückelten. — Ein Unglücksfall ereignete sich eine kurze Strecke weiter heute Montagmittag zwischen den Stationen Karlsruher und Sadowa, denn auch ein junges Mädchen zum Opfer fiel. Gegenüber der Reimbahn wollte das Mädchen den Bahnübergang überschreiten. Sie wartete, bis ein von Berlin kommender Personenzug an ihr vorüber fuhr; gleich hinter diesem eilte sie über die Schienen, als in demselben Augenblicke ein Schnellzug von der entgegengesetzten Richtung herabrante und die Klümmungslose überfuhr und getörmelte.

Geriichts-Beitrag.

Ein Nachspiel zur Jubelfeier der Technischen Hochschule. Dem bekannten Wort vom „Austoben“, das bei der Jubelfeier der Technischen Hochschule fiel, scheint man in den besten Familien, die sich zur Technik hingezogen fühlen sollen, eine eigentümliche Anwendung gegeben zu haben. An das Jubelfest knüpfte nämlich eine Privat-Beleidigungssklage an, welche gestern das hiesige Schwurgericht verurteilte. Diefelbe richtete sich gegen den Ober-Baubirektor Hinkeldey und fünf andere hervorragende Architekten, die mit diesem zusammen seiner Zeit das Komitee ehemaliger Bau-Madamen zur Ehrung der Hochschule gebildet hatten. Die sechs Herren hatten seiner Zeit in einem Aufsatz sich an die ehemaligen Bau-Madamen gewandt und sie um Beiträge zu einer zu stiftenden Gedenktafel und zur Abhaltung eines gemeinsamen Festmahls ersucht. Darauf hin meldete sich auch der Baumeister Schöner, der Entwurf des Koffer-Cafés und Kaiser-Stellers zur Teilnahme; er erhielt vom Bureau des Komitees den Auftrag nochmals zu gestellt und sandte als Festbeitrag 50 M. ein. Nach kurzer Zeit wurde ihm diese Summe durch den Schriftführer des Komitees, Herrn Professor P. Wallé, mit einem höflichen Schreiben zurückgeschickt, in welchem es hieß: „Der Aufsatz sei den Adressaten verehentlich zugegangen, es werde gebeten, die Zustellung als nicht geschehen zu betrachten, da einer Beanstandung der Meinung zum Festmahls vom Komitee einstimmig Folge gegeben worden sei.“ In diesem Verhalten des Komitees erblickte Herr Schöner eine Beleidigung seiner Person und strengte die Privatklage an, nachdem die Mitglieder des Komitees es abgelehnt hatten, seine Ladung zum Schiedsmann Folge zu leisten. Die Gründe zu dem Verhalten des Komitees

soßen in den bei den An den beidseitigen Schriftstücken dargelegt, von Herrn Schöner aber als nicht zureichend widerlegt worden sein. Im gestrigen Termin lehnten es die Rechtsanwälte Michaelis und Hommer als Vertreter der Beklagten ab, auf diese Gründe näher einzugehen, indem sie die Ansicht vertraten, daß lediglich zur Frage stehe, ob in dem in sehr höflichem Ton abgefaßten Schreiben des Komitees eine Beleidigung zu finden sei. Das müsse entgegengesetzt bestritten werden. Es handelte sich hier um ein Unternehmen privaten Charakters und das Komitee habe keine Verpflichtung gehabt, jedermann, der sich melde, auch zu dem Festmahls zuzulassen. Gründe habe das Komitee nicht anzugeben nötig gehabt und die einfache höfliche Abgabe könne keine Beleidigung enthalten. — Der Gerichtshof war mit dem Privatkläger anderer Ansicht. Das Komitee habe seinen Aufsatz an „alle“ gerichtet, die eint auf der Bauakademie studiert haben und diese zu Beiträgen und zur Teilnahme am Festmahls aufgefordert. Es handelte sich daher um eine allgemeine öffentliche Veranstaltung, bei der dem Komitee ein Bescheidungsrecht nicht zustehe, zu der vielmehr alle ehemaligen Studierenden der Bauakademie das Recht zur Teilnahme haben sollten. Andernfalls hätte das Komitee einen bestimmten einschneidenden Vermerk im Aufsatz machen müssen. Die Verbindlichkeit der Teilnahme sei für den Privatkläger um so belegendender, als seine Versuche, den Grund zu erfahren, vergeblich blieben. Der Gerichtshof verurteilte deshalb jeden der sechs Angeklagten zu 100 Mark Geldstrafe event. 10 Tagen Gefängnis.

Verurkente Schenkung. Auf Antrag der Polizeidirektion in Rixdorf bezug des Polizeipräsidenten von Berlin hatten sich gestern der Schuttmann Julius Altenburg und der Polizeiwachmeister Friedrich Wilhelm Hamann wegen eines großen Exzesses vor der zweiten Strafkammer am Landgericht II zu verantworten. Wie die Verbeisnahme ergab, waren die beiden Angeklagten, nachdem Rixdorf zur Stadt erhoben worden war, vom hiesigen Polizeipräsidenten nach Rixdorf abkommandiert worden. Es wurde zu diesem Zweck nur eine außerlesene Mannschaft abkommandiert. Beide waren dem 4. Revier, Bergstr. 74, unter Polizeileutnant Kupsch zugeteilt. Am 21. Dezember gingen beide Angeklagte in Zivil aus, betranken sich und verließen dann in Gastwirtschaften wie auf der Straße die argsten Ausschreitungen. Der Gerichtshof verurteilte Altenburg zu neun Monaten Gefängnis und Wachmeister Hamann zu sechs Monaten Gefängnis.

Die Fürsorge für „Arbeitswillige“ erstreckt sich bei unsren Behörden immer weiter. Vor dem Landgericht II als Berufungsinflanz standen am 10. d. M. die Maurer Trojowski und Strauß aus Rauen. Beide waren vom Schöffengericht in Spandau zu je 30 M. Geldstrafe verurteilt worden, weil sie den Maurer Witte zu Spandau vom 1. bis 3. August 1899 früh „Streikbrecher“ geschimpft haben sollten. Es herrschte zwar kein Streik, und die Angeklagten arbeiteten selber, Witte behauptete aber, daß er sich vor einigen Jahren einmal bei einem Streik als „besonders nützliches Element“, wie die Justizhaus-Deckschrift es nannte, bewährt habe, und daß er deshalb jetzt beschimpft worden sei. Obgleich sonst bei Schimpfereien nicht die Anklage „im öffentlichen Interesse“ erhoben zu werden pflegt, hatte hier die Staatsanwaltschaft von Amts wegen angeklagt.

In der Berufungsverhandlung behandelten einige Zeugen, die jeden Morgen mit den Angeklagten vom Bahnhof in Spandau zur Arbeit gegangen waren, daß ein Zusammenstoß mit Witte überhaupt nicht stattgefunden habe. Wittes Aussagen machten einen so unrichtigen Eindruck, daß das Gericht dem Antrage des Verteidigers Rechtsanwalt Wolfgang keine gemäß das schöffengerichtliche Urteil aufhob und beide Angeklagte freisprach.

Das Strafverfahren gegen den Gefängniswächter Betram ist nun endgültig erledigt. Gegen das freisprechende Erkenntnis der zweiten Strafkammer des Landgerichts I hatte der Staatsanwalt Revision eingelegt. Diese ist vom Reichsgericht als unbegründet zurückgewiesen worden, so daß das freisprechende Urteil Rechtskraft erlangt hat.

Zu der Strafsache gegen Hirsch und Genossen (Diebstahl an Wollstoffen) ist den Verurteilten jetzt das Erkenntnis zugestellt. Der Staatsanwalt hat wegen der Nichtanwendung des Gesetzes über den unlauteren Wettbewerb Revision nicht eingelegt, dagegen haben die Rechtsanwälte Prodnitz und Dr. Reichsmüller für die Angeklagten Hirsch und Dörner von diesem Rechtsmittel Gebrauch gemacht. Der Angeklagte Schmiedel hat sich bei dem gegen ihn ergangenen Urteil verweigert.

Wegen wissentlich falscher Anschuldigung stand gestern der Fuhrer und Hausbesitzer Heyer vor der zweiten Strafkammer des Landgerichts I. Gegen ihn war eine Denunziation eingegangen, wonach er von dem Magistral gehörigen, in der Grünthalerstraße verwendeten Pflastersteinen sich einige genommen haben sollte. Er ist dann mit einer Frau, die er für die Urheberin der Strafanzeige hielt, in eine heftige persönliche Begegnung geraten, die eine Strafanzeige wegen Körperverletzung und seine Verurteilung zur Folge hatte. Gegen die Frauen, denen er seine Verurteilung zu verdanken hatte, ist er nachträglich mit Anzeigen wegen Meineids vorgegangen. Der Staatsanwalt hielt den Beweis für erbracht, daß diese Anzeigen wissentlich falsche gewesen und er beantragte acht Monate Gefängnis. Der Gerichtshof erkannte auf vier Monate Gefängnis.

Aus der Frauenbewegung.

Behandlung weiblicher Gefangener. Zu der und zu gegangenen Mitteilung der Verwaltung des Hamburger Centralgefängnisses stimmt die Hauptbeteiligte, die Genossin F. Zieg im „Hamburger Echo“ nochmals das Wort. Sie protestiert zunächst mit Recht gegen die Wendung in jenem Schreiben: „Soweit sich die Angaben bezieht“, die den Anschein erweckt, als hätte Frau Zieg etwas berichtet, was nicht der Wahrheit entspricht. Frau Zieg erklärt, daß ihre Angaben Wert für Wort der Wahrheit entsprächen. Bezüglich der Bemerkung, daß sie sich nicht bei der Direktion beschwert habe, teilt sie mit, daß sie nach allem, was sie erfahren, annehmen mußte, sie werde nach den Vorschriften der Direktion behandelt. Sie hatte bei der Direktorin gegen die ihr gemachten Zumutungen protestiert und von ihr die Antwort erhalten, daß das Vorrecht sei und sein müsse. Zudem hatte sie die Erfahrung gemacht, daß man ihren Worten keinen Glauben schenke. Zwei höhere Gefängnisbeamte, denen sie bei der Aufnahme den Grund der Verhaftung angeben mußte, wollten ihr durchaus nicht glauben, daß sie bloß wegen Zeitverteilung 3 Tage Gefängnis bekommen hätte und noch unbestraft wäre, hielten ihr sogar vor, daß sie sich der Urkundenfälschung schuldig mache, wenn sie im Gefängnis die Unvorsicht sage. Sie mußte nach alledem annehmen, daß eine Beschwerde bei der Direktion nutzlos wäre und wählte deshalb den einzig richtigen Weg der öffentlichen Kritik.

Vermischtes.

Zum Brand des Théâtre Français. Unterrichtsminister Vergnes erklärte in einer Interredung, das Théâtre Français werde am 14. Juli wiederhergestellt sein, so daß an diesem Tage die Vorstellungen wieder beginnen. — Die Mitglieder des Theaters veranfaßten gestern eine Matinee in der Oper, die überaus zahlreich besucht war. Zur Aufführung kamen „Andromache“ und „Der eingebildete Kranke“. Sämtliche Künstler, insbesondere die Schauspielerin Dublay, die sich bei dem Brande des Theaters am Donnerstag retten konnte, wurden lebhaft und herzlich begrüßt. — Heber den Saal, in dem das Théâtre Français bis zur Wiederherstellung seines alten Heims seine Vorstellungen geben soll, ist noch immer kein endgültiger Beschluß gefaßt worden. Das Odéon-Theater sagt den Künstlern wegen seiner weiten Entfernung nicht recht zu, und das Porte-Saint-Martin-Theater möchten sie nicht gern annehmen, um ihrem abtrünnigen Kollegen Coquelin gegenüber feinerlei Bes-

pflichtungen zu haben. Am besten würde ihnen eines der städtischen Theater, Gaieté oder noch lieber Gaîté, wegen ihrer guten Lage, ihrer Größe und der tadellosen Aufsicht ihrer Erde zuzugehen.

Dynamitattentat. Aus Reschika wird berichtet: In dem Thore der Wohnung des Oberbühnenleiters der Bergbau-Unternehmung der österreich-ungarischen Staatsbahngesellschaft Beder war von einem bisher unbekanntem Thäter Dynamit niedergelegt worden, das heute abend explodierte. Das Thor wurde aufgerissen und die Fenster wurden zertrümmert. Menschen kamen nicht zu Schaden.

Aus dem neu entdeckten Goldland bei Kap Romé an der Küste von Alaska kommen immer mehr Berichte, wonach es noch viel reicher sei als Klondyke. Es sollen sich dort bereits über 5000 Goldgräber trotz des Winters angesiedelt haben, und mit Beginn des Sommers wird ein noch größerer Zudrang erwartet, als er vor drei Jahren nach Klondyke erlebt wurde. Das neue Goldland ist viel leichter erreichbar als Klondyke. Kap Romé liegt an der Küste und ist von Seattle in zehn Tagen per Dampfer erreichbar. Das Land soll ohne jeglichen Baumwuchs sein, so daß alles Holz zum Bau von Hütten und zur Feuerung aus Seattle herbeigeschafft werden muß. Schon jetzt wird Holz mit 60 Dollar das Klafter verkauft. Auch heißt es, daß die Gegend höchst ungesund sei, was jedoch angeht die Berichte über den ungeheuren Goldreichtum daselbst das Goldfieber schwerlich dämpfen wird.

Eine entsetzliche Brandkatastrophe wird aus New York gemeldet. In einem von Italienern bewohnten Mietsbause in Newark (New Jersey) brach am gestrigen Montag eine gewaltige Feuerbrunst aus, bei der, soweit bis jetzt bekannt ist, 15 Personen ums Leben kamen. Der größte Teil der Verbrannten sind Kinder. Das Feuer ist vermutlich angelegt worden.

Marktpreise von Berlin am 10. März 1900

nach Ermittlungen des hiesigen Polizeipräsidenten		nach Ermittlungen des hiesigen Polizeipräsidenten	
Ware	Preis	Ware	Preis
*) Weizen	15,40	14	1,60
*) Roggen	14,30	13,70	1,60
*) Winter-Weizen	14	13	1,60
*) Hafer gut	15	14,30	2,60
*) mittel	14,20	13,50	6
*) gering	13,40	12,70	2,30
*) Weizen	4,50	4	1,40
*) Gerste	7	4	2,50
*) Hafer	40	25	2
*) Speisebohnen	45	25	1,80
*) Bohnen	70	30	2,80
*) Kartoffeln, neue	7	5	1,40
*) Rindfleisch, Rente 1 kg	1,60	1,20	12
da Band	1,30	1	8

*) Gemittelt pro Tonne von der Centralstelle der Preuss. Landwirtschaftskammern — Notierungsschleife — und umgerechnet vom Polizeipräsidenten für den Doppelcentner.

*) Reinfrohndepot.

Produktenmarkt vom 12. März. Getreide. Am Frühlingsmarkt fanden einige unbedeutende Roggenabschlüsse statt. Im allgemeinen war das Geschäft aber äußerst anfechtend, da das sehr schöne Wetter die Kaufkraft unterdrückte und von dem Auslande keine Anregung geboten wurde. Nur Paris sandte etwas fettere Schlusssätze. Die Preise für Weizen und Roggen waren noch festem Bestand am Sonntagabendmittag, heute abend abends. Auch Weizen und Chicago kamen matter. Am hiesigen Markt blieben die Preise für effektive Ware unverändert. Okeren waren etwas stiller. Roggen war in Ladungen eingekauft, ohne Aufnahme zu finden; Bahnware nur wenig offeriert. Trotz der festenden Kaufkraft waren Abgeber zu Konsessionen nicht geneigt. Mittags griff im Weizenhandel eine letzte Abschwächung Platz, die sich jedoch auf eine Ermäßigung der Preise um nur 0,25 M. für Weizen und Roggen beschränkte. Die Beteiligung am Geschäft war so geringfügig, daß die Umsätze zeitweilig ganz ausblieben. Bei Schluß des Verkehrs waren beide Marktstände für Lieferungen bis 0,50 M. billiger als am Sonntagabend zu haben. Roggen im Weizenhandel veräußert. Oker und Kälber lagen still und unverändert.

Am Spiritusmarkt führte lebhaft Nachfrage, der nicht voll genügt werden konnte, eine Preissteigerung für 70er loco um 0,50 auf 48,20 M. herbei.

Cartonfabrikate. Deutsche Cartonfabrik 10,50 M. In reine Cartonfabrikate bis 10,75 M. April-Mai 20—20,25 M. Abfallende prima Qualitäten Stärke und Mehl disponibel 17,50—18,50 M. per 100 Kilogramm.

Eier-Beitrag vom 12. März. Normale Eier je nach Qualität von 2,75—3,10 M. per Schock. Ausortierte kleine Ware je nach Qualität von 2,00 bis 2,65 M. per Schock. Kalkseier je nach Qualität von 0,90 bis 0,60 M. per Schock. Tendenz: ziemlich ruhig.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Montag, Dienstag und Freitag von 6—8 Uhr abends statt.

Reinickendorf. Die Fahrgast kam erst am Montag in unsere Hände; für die Sonntagsnummer also zu spät.

A. C. Siegmundstrasse. Für Prozesse mit Streitigkeiten über 300 M. ist nach wie vor dem 1. Januar 1900 in der Regel das Landgericht, für solche unter 300 M. das Amtsgericht zuständig. — A. 1. Wegen Sie den Sachverhalt der und geben Sie jungen für denselben an. Es wird schwerlich eine Anklage gegen Sie erhoben, wenn die jungen den Sachverhalt zu klären, wie Sie es getan haben. — A. 87. 1. Art. 7. Ja.

B. 2. 3. Wenn mindestens 200 Worten gefasst waren, hat die Ehefrau des oben Benutz einer Rente Verstorbenen ein Recht, die Hälfte des Betrags der Rente zu erhalten, so verlangt. — A. 8. 26. Sprechen Sie mit dem Erkenntnis in der Sprechstunde vor. — A. 10. 1. Ja. 2. Fabrikdirektor und Handwerkerbetriebe sind häufige miteinander übergehende Begriffe. — A. 10. 2. 1. und 2. Weiben Sie sich an das Formundachtgericht. 3. Art. 4. Ja.

G. M. 1. Ja. 2. Ja. 3. Die Klage hatte Aussicht auf Erfolg, falls Sie nicht etwa sich einvernehmlich erklärt haben. — A. M. 3. 1 und 2. Beide würden wegen unzulässiger Urkundenfälschung bestraft werden können. — Wilmersdorf. Zurückgewiesen werden könnten die Betreffenden nicht. Die Vollmacht muß aber notariell beglaubigt sein. Ist die Stempelung unterlassen, so tritt die Betreffenden Strafbefreiung. — A. 4. 1. Ja.

2. Wird der Lohn (wegen Alimenten, Steuern und dergl.) mit Arren belegt, so liegt für Sie hierin kein Grund zur Rücksetzung der Arbeit. Die Weichlagnahme des Lohns berechtigt den Unternehmer (eigentlichlich den Lohn nicht an Sie zu zahlen. — J. M. 13. Wird nachträglich erledigt. — A. 9. 101. Ja. bis zum vollständigen 21. Lebensjahr ist die Einwilligung des gesetzlichen Vertreters (Vater, Mutter oder Vormund) erforderlich. — Res 6. Schriftliche Antwort zu erlösen lassen wir ab.

1. Rein; Sie müßten vielmehr einen Auslandsbesuch nachsuchen. — 12. 1.—3. Solcher Vertrag kann gültig in geschiedlicher oder in notarieller Form abgeschlossen werden. Seine Kosten richten sich nach der Höhe des Objekts. 4. Ja, aber die übereigneten Sachen dürfen noch nie für die früheren Schulden, 5. Sofort. 6. Eine Interdiktionsklage ist bei Objekten bis einschließlich 500 M. beim Amtsgericht, bei höheren Objekten (durch einen Anwalt) beim Landgericht anzubringen. — M. W. Schönberg. Rein.

Reichstag und „alter Parteigenosse“. Ihre vier Anfragen sind in dem „Sowjet“ vom 7. März 1900, erste Beilage, unter der von Ihnen gewählten Chiffre „Alter Parteigenosse“ beantwortet. — C. 29. 111. Ihre Anfrage ist unter derselben Chiffre im Briefkasten vom 4. März, erste Beilage, beantwortet. — J. 2. 26. 1. Ja. 2. Mißverständnis sind die unentbehrlichen Gegenstände, auch die unentbehrlichen Kleider. 3. Ja.

C. B. Sie sind zur Zahlung gegen Kontostellung verpflichtet. — Contab. Hat die Einigung und mündliche Vereinbarung im vorigen Jahre stattgefunden, so liegt kein Grund vor, daß sie in diesem Jahre stattgefunden, so liegt ein gültiger Vertrag vor. — D. Freie. 1. Rein. 2. Leider nicht. — B. M. Mohnt. Sprechen Sie baldigst in der juristischen Sprechstunde vor. Es scheint, als ob es das gerathen sei, daß die Schwereim (schleunigt der Großstadt in gehöriger (notariell beglaubigter) Form entloft.

Witterungsübericht vom 12. März 1900, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometrischer Stand mm	Windrichtung	Windstärke	Temperatur in Grad C.	Stationen	Barometrischer Stand mm	Windrichtung	Windstärke	Temperatur in Grad C.
Emmende	770,50	1	Dunkel	-0	Hageruda	750,50	2	Schnee	-5
Hamburg	770,50	1	Dunkel	0	Berzdorf	761,95	2	Wolklos	-3
Berlin	771,50	1	1,5 h. Neb.	2	Solt	775,50	3	Reiter	6
Wiesbaden	772,50	1	1,5 h. Neb.	2	Arbergen	771,95	2	Wolklos	7
München	772,50	3	Wolklos	-1	Breis	770,50	1	Regen	7
Wien	772,50	3	Wolklos	-1					

Wetter-Prognose für Dienstag, den 13. März 1900. Rechts etwas wärmer, am Tage etwas kühler, vorherrschend wolkig mit leichten Regenschauern und mäßigen Schneefällen. — Berliner Wetterbureau.